

## ■ Fusion noch nicht hilfreich

Enrico Stange von der WASG plädiert für eine politisch-strategische Zusammenarbeit mit der Linkspartei. **Seite 2**

## ■ Was sie ins Schwitzen bringt

Das Wahlprogramm der Linkspartei zeigt, wie es anders geht. Denn sozial ist längst nicht alles, was Arbeit verspricht. **Seite 3**

## ■ Menschenjagd per Anfrage

Landesregierung lässt sich auf Parlamentstaktik der NPD ein. **Seite 5**

## ■ Hiroshima – 60 Jahre danach

Und in Ramstein lagern Atombomben ... **Seite 9**

# WIEDER EINE MISSION „18“



Collage: Marc Ranstetter

## Das Spiel mit der Ehrlichkeit

Das ZDF begab sich jüngst in einer „Frontal 21“-Sendung und im Beitrag „Fall Deutschland“ ein Stück weit auf den Pfad der Wahrheit. Die Gesprächspartner Waigel, Biedenkopf und Wirtschafts- und Zukunftsforscher Miegel räumten ein, dass die Wahlen in der Alt-BRD praktisch seit Jahrzehnten von allen etablierten Parteien mit Versprechungen beeinflusst wurden, für deren Erfüllung keine realen Voraussetzungen gegeben waren. Das „verführerische Moment“ bestand und bestehe darin, dass die Wähler jenen Politikern folgen, die die größten Wohltaten ankündigen und auf soziale Einschnitte verzichten wollen. Von diesem Lügenkarussell wollte beim Kampf um Macht und Einfluss niemand abspringen – bei Strafe der Nichtwahl. So war zu hören.

DDR-Bürger überlegten vor 15 Jahren, dass, wer ein „Wirtschaftswunder“ vorweise, in der Politik etwas taue. So vertrauten gar zu viele im Frühjahr 1990 und auch später noch Helmut Kohl, als er blühende Landschaften verhieß. Sie hofften auf einen Ansturm von Investoren und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Marktwirtschaft. Ein Jahrhundert-Irrtum, beruhend auf psychologisch geschickter Wahlpropaganda.

Inzwischen ist der Ruf der bürgerlichen politischen Klasse nahezu ruiniert, nicht nur zwischen Rügen und Rennsteig. Aber die betreffenden schwarzen, rosaroten, gelben und grünen Parteivorstände versuchen im aktuellen Wahlkampf das Volk schon wieder mit unausgegorenen Vorschlägen und Ködern ins Schlepptau zu nehmen.

Nur Angela Merkel, so liest man, ist ehrlich! Die Medien apportieren wie dressierte Hunde: Aus der hilflosen Bejahung der Frage, ob die 18-Prozent-Mehrwertsteuer kommt, lesen sie stracks Zustimmung zu Merkels „ehrlichem Wort“ heraus. Und wenn die Kanzler-Kandidatin dann noch behauptet, die Unternehmersteuern müssten runter, damit Arbeitsplätze kommen, fragt kein einziger Journalist nach, wo denn bisher ein einziger Arbeitsplatz nach all den vielen Steuergeschenken geschaffen wurde.

Die Unionsführung maskiert sich mit Ehrlichkeit – und lügt dem Wahlvolk die Hucke voll. Oder weiß sie wirklich nicht, dass das Kapital jeden zusätzlich geschenkten Euro zuerst an der Börse investiert, um dort weitere Euros und Dollars hecken zu lassen? Höchstens wird mit der einen oder anderen Million rationalisiert – und werden weitere Arbeitsplätze „eingespart“.

Womit sich die Frage stellt: Wie lernfähig ist die deutsche Wählerschaft?

• JOACHIM SPITZ-

Das Linksbündnis ist beschlossen. Die Basis von PDS und WASG steht mehrheitlich dahinter, auch wenn WASG-Anhänger immer noch misstrauisch gegenüber den mitunter sehr angepassten Regierungsbeteiligungen der PDS sind und in PDS-Kreisen Ängste kursieren angesichts eines vermuteten „Sozialdemokratismus“, dem man keine allzu starken antikapitalistischen Positionen zutraut.

Trotzdem: Die PDS heißt jetzt Linkspartei. Und in einer bundesweiten WASG-Urabstimmung traten mehr als 80 Prozent für ein gemeinsames Auftreten ein. Aber die sächsische WASG ist nun zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit. Der kleinste gemeinsame Nenner: NEIN zu jeglichen Sozialkürzungen und Angriffen auf Arbeitslose und Beschäftigte.

LN sprach mit **ENRICO STANGE**, Mitglied des WASG-Landesvorstandes Sachsen. Er wurde 1968 in Burg bei Magdeburg geboren. Nach der Wende hatte sich sein Studienwunsch ML erledigt, er wurde Politikwissenschaftler. Er war einige Jahre Mitglied der SED und glaubte nach dem 11. September 2001 kurzzeitig, bei den Jungliberalen und in der FDP Partner in seiner Gegnerschaft zum drohenden Überwachungsstaat zu finden – enttäuscht trat er aus.

## LN-Gespräch mit Enrico Stange, WASG

### Fusion derzeit nicht hilfreich

● **LN: Sie stehen zum Wahlbündnis, nicht aber zur Fusion von PDS und WASG ...**

**Enrico Stange:** Wir respektieren in Sachsen das Ergebnis der Urabstimmung, an uns wird eine konstruktive Zusammenarbeit nicht scheitern. Nichts gegen Repräsentanten wie Gysi und Lafontaine, aber was wir jetzt brauchen, ist Sacharbeit, wie sie derzeit am besten in einer politisch-strategischen Zusammenarbeit beider Parteien zu verwirklichen ist. Man muss bedenken, dass unsere Partei, gerade geboren und mitten im programmatischen Prozess, in den Wahlkampf geschleudert wurde. Wenn wir medial auch vor allem als SPD- und Gewerkschaftsabweichler wahrgenommen werden, so ist unsere Weltanschauungspalette viel breiter. Unter uns gibt es überzeugte Sozialisten und viel Linkere, als sie die PDS in ihren Reihen hat, aber auch Christen, die mit dem Realsozialismus ihre Erfah-

rungen und ihre Probleme haben und andere, die jegliche -ismen ablehnen. All diese weltanschaulichen Hintergründe können nicht einfach in die zweite Reihe gerückt und von unserem politischen Streben abgekoppelt werden. Ausschließlich die pragmatische Politikausrichtung im Vordergrund zu belassen, könnte ja umgekehrt bedeuten, die Vision von einer gerechteren Gesellschaft zu vernachlässigen. Unsere Unfertigkeit, unsere Widersprüche, die sich nicht an einer Nahtstelle konzentrieren, ließen also noch gar keine Fusion zu. Natürlich wäre uns der gefestigte Apparat der PDS sehr nützlich – dennoch, ich sehe die Zukunft beider Parteien tatsächlich eher als eigenständige, aber auf jeden Fall als partnerschaftlich verbundene Parteien.

● **Worin soll die konstruktive Partnerschaft bestehen?**

Der Vorteil der WASG bei dieser Partnerschaft ist, die Bereiche des politi-

schen Spektrums zu sammeln, für die die PDS zu links steht. Wir könnten – gewiss im Sinne der PDS – einen wesentlich breiteren politischen Kanon in einer solchen politisch-strategischen Partnerschaft bündeln. Zum anderen sollen unsere inhaltlichen Debatten ja kein Schmoren in eigenen Saft sein, sondern im Hinblick auf unser gemeinsames politisches Auftreten zu einer weit über den 18. September hinaus reichenden Identität führen, die unseren Kampf gegen jeglichen Sozialabbau befördert. Meine Hoffnung ist, dass sich in diesem Schmelztiegel eine gemeinsame Vision für eine gerechte Zukunft entwickeln kann.

● **Ein Satz: Wo sind die Frauen in der WASG?**

Gegenfrage, könnten es in der PDS nicht auch mehr sein? Aber ernsthaft, das Herausdrängen der Frauen aus der Gesellschaft, ihre tradierte Rollenzuweisung – das beginnt ja schon in den Schulen – werden wir nur verändern, wenn sich Frauen und Männer gemeinsam stark machen.

### Mit Keule und Balsam

Die ersten Reaktionen auf die Formierung des Wahlbündnisses der Linken aus PDS und WASG und auf seine Umfragewerte waren eher dümmlich – mit massiven Rückgriffen auf längst eingemottete Sprüche wie „Freiheit statt Sozialismus“ und den abschätzig gemeinten roten Socken. Aber auch mit neuen Verlästerungen: die Umbenennung des Parteienamens als „Begräbnis“. Die LVZ war in den letzten Wochen voll von derartigen unsachlichen, wutschnauenden Entgleisungen. Milbradt gar spricht von einem „Vulgärmarxismus“ der Linken, des „Hauptgegners“, und sieht bei ihr kaum Unterschiede zu den Positionen der NPD. Zunehmend wird der Linken Populismus vorgeworfen. Noch vor wenigen Jahren war das Wort in den Wörterbüchern nicht zu finden. Heute ist es ein hilfloses Schlagwort gegen die Linke.

Doch das Latrinenparolen-Niveau ist nur die eine Seite. Man übersehe nicht: Die Sprecher der etablierten Parteien und auch bürgerliche Medien haben begonnen zu begreifen, dass diese primitive Strategie bei vielen Wählern nicht generell ankommt, und sie schlagen auch neue Töne an: Sonderwahlkampf Ost, Angela Merkel als Kind des Ostens, als verständnisvolle Retterin. Aber auch das ist schon wieder halb abgeblockt. Zur Zeit dominiert die Unsicherheit. Man muss wohl damit rechnen, dass in den kommenden Wochen bis zur Wahl auf allen möglichen Instrumenten gespielt wird, um das eigene Image aufzupolieren und die vereinigte Linke zu schmähen.

• GÜNTER LIPPOLD

### Beamtenkriminalität

Ob nun die Aufklärungsquote gestiegen ist oder die Straftaten sächsischer Beamter an Häufigkeit und Schwere zugenommen haben – man gewinnt in jüngster Zeit den Eindruck, dass leitende Staatsdiener wie Kommunalbedienstete in steigendem Maße wegen ihrer kriminellen Energien von sich reden machen. Bürgermeister Kaminski ist noch in guter Erinnerung, Ordnungschef Tschense (die Tränen kommen mir angesichts seiner Bitte um Almosen) ist in ärgster Bedrängnis; gegen den Dresdner Oberbürgermeister Roßberg ist Anklage wegen Untreue erhoben; dem seit Jahren suspendierten Bürgermeister von Machern, Ziermeier, wird nun endlich wegen Untreue in neun Fällen der Prozess gemacht; der Wernsdorfer Bürgermeister Lehmann, gerade wegen übler Nachrede und versuchter Nötigung bestraft, wurde jetzt wegen Betrugs- und Untreueverdachts in 32 Fällen angeklagt; Beamten des sächsischen Wirtschaftsministeriums droht eine Anklage wegen Untreue im Zusammenhang mit der Affäre um die Bildungsgesellschaft QMF (wegen der bereits Minister Schommer aus der Schusslinie genommen wurde). Das ist eine Auflistung aus Nachrichten nur einer Woche, und sie ist keineswegs vollständig.

Wie sagte es Rolf Hochhuth: „Geschichte, das wird ja gerne als unfein ignoriert, ist ja leider weitgehend Kriminalgeschichte.“

• KURT RECHT

Kathrin Böing aus Korschbroich – aus dem Osten dorthin gezogen – enttarnt sich, zart formuliert, als das Urbeispiel für die von Männern so gehätschelte Unlogik der Frauen (in einer LVZ-Leserbrief-Spalte ist dafür allemal Platz). Ausbeu-

tung nimmt sie offenbar so gerne in Kauf wie die damit vernichteten Chancen anderer auf einen Arbeitsplatz. Wie sonst könnte sie, ohne rot zu werden, verkünden: „Ich bin erfolgreich im Job, arbeite dafür aber auch täglich 10 bis 12 Stunden. Welche Motivation sollte ich noch haben, Leistungen zu bringen, wenn ich das Wahlprogramm der PDS – jetzt Die Linkspartei – lese?“ Wenn sie es denn gelesen hätte! Allerdings, was nützt das mit Schaum vorm Mund:

„Für welchen Preis hatten wir in der DDR Vollbeschäftigung?“

fragt sie und antwortet: „Gab es 78 Wochen Krankengeld im Krankheitsfall – nein, gab es eine Witwenrente – nein. Meine Uroma hatte 310 DDR-Mark Rente nach 45 Arbeitsjahren. Sie

### Errungenschaft Witwenrente?

konnte ihren Lebensabend nicht im Luxus verbringen.“ Ich möchte mal die Uroma nach 45 Arbeitsjahren im Westen sehen, die das konnte. Über Krankengeld und Gesundheitsfürsorge rede ich mit einer Frau nicht, die offenbar so abgehoben ist, dass ihr die beginnende Drei-Klassen-Medizin voll entgangen ist. Mich traf vor allem ein Wort wie ein Blitz: Witwenrente! Dieses entwürdigende Almosen soll eine Errungenschaft sein? Vielleicht auch gleich wieder Kriegerwitwenrente? Viel fehlt ja nicht an deren Notwendigkeit dank

des unsterblichen deutschen Militarismus.

Warum arbeitet Frau Böing?

Doch wohl, um sich selbst zu verwirklichen, sich selbst zu bestätigen, um frei und souverän zu sein. Auch in der besten Ehe ist das eine wesentliche Voraussetzung für

dauerhafte Harmonie. Ostfrauen wurde dieses selbstverständliche Glück hunderttausendfach genommen – dem ein linkes Parteiprogramm entgegenzusetzen, nennt die Neu-Westdeutsche „auf die Dummheit der Menschen“ setzen“. Ostfrauen sind inzwischen zunehmend auf Witwenrente angewiesen. Sie nehmen sie dankbar an, gewiss. Aber dankbarer wären sie (was ist mit den Unverheirateten?), dürften sie eine eigene Renten-anwartschaft vorweisen, die sie in Zuversicht und Würde altern lässt. • MAXI WARTELSTEINER

Das „Bürgerkomitee Leipzig e.V.“ mit dem Sitz „Runde Ecke“ tritt von Zeit zu Zeit mit skurrilen Unternehmen in Erscheinung. Ihr jüngstes ist, wie das Leipziger Amtsblatt berichtet, ein bundesweit ausgeschriebener Schülerwettbewerb unter dem Motto „Stasi: Schnee von gestern?“ Mit ihm wendet sich das Bürgerkomitee an junge Menschen ab der neunten Klasse in Ost und West, die zum Zeitpunkt, als die DDR der BRD beigetreten wurde, gerade das Licht der Welt erblickt hatten, mit der Aufforderung, sich auf die Spurensuche nach der „Hinterlassenschaft der Stasi“ zu begeben. Die den einzureichenden Arbeiten zugrunde liegende Frage soll sein, „was man aus der Geschichte für die Gegenwart und Zukunft lernen kann“.

Dass man aus der Geschichte lernen kann und lernen sollte, ist unumstritten. Das trifft auch auf die der Staatssicherheit der DDR zu, wenn man über das dafür erforderliche historische

### Klarer Missbrauch von Kindern

Wissen verfügt. Denn erst dann ist ein objektives Urteil möglich. Dazu gehört die Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge, die zur spezifischen Rolle und Funktion der Staatssicherheit als Bestandteil des politischen Systems der DDR führten. Dass dieser Staat, in dem es keine Herrschaft des Bank- und Industriekapitals gab, westlicherseits nicht geliebt, sondern mit allen Mitteln in den Untergang gedrängt werden sollte, war kein Staatsgeheimnis. Dem diente auch das Konzept der psychologischen Kriegführung, das auf die optimale Unterwanderung der DDR gerichtet war – wozu auch zwischenmenschliche Beziehungen genutzt wurden. Dass sich daher die DDR um ihre staatliche Sicherheit ernsthaft kümmern musste, lag auf der Hand. Das um so mehr,

als der Kalte Krieg nicht selten zu einem heißen Krieg zu werden drohte. Deutschland war gespalten, die Grenze zwischen der DDR und der BRD war die Trennlinie zwischen den bis dahin gewaltigsten sich feindlich gegenüberstehenden Militärblocken. Dass trotzdem nicht jede Maßnahme der Stasi gerechtfertigt war, dass es zu Menschenrechtsverletzungen kam, steht auf einem anderen Blatt. Dieser komplizierte historische Vorgang wird einmal mehr für politische Interessen missbraucht, wenn junge Menschen, denen das Wissen über den historischen Hintergrund und die tatsächlichen Vorgänge fehlt, die DDR phantasiereich als „Ausgeburt des Bösen“ schildern sollen. Denn allein darum soll es wohl gehen.

• K. SCH.

# Logik

Unser Foto-Grafiker hat die Wahlparole der CDU ganz wörtlich genommen.

„Beim Lesen des CDU-Wahlprogramms wunderte ich mich über eine Passage, die ich von der CDU so gar nicht erwartet hatte. Bisher war doch der Vorwurf des Populismus immer gegen die anderen gerichtet. Ich brauchte einige Zeit, um zu verstehen, was damit gemeint sein könnte. Vielleicht sollte ich das auch gar nicht verstehen. Zu guter Letzt nahm ich's einfach wörtlich, ohne irgendeinen Hintersinn in der Formulierung zu suchen.“

MARC RANSTETTER



## Das Kontrastprogramm (Punkt 1)

Wir wollen eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben.

Mit diesem Satz schließt das Vorwort des Wahlprogramms der Linkspartei. PDS, bevor es aufruft, die Stimme „für wirkliche Alternativen“ zu geben.

Die Linkspartei verspricht das Blaue vom

Von **GOTTFRIED BRAUN**

Himmel herunter, sagen CDU/CSU. Die Union verspricht (und die FDP öffnet sie nach) „Vorfahrt für Arbeit“. Manch besonders Schlauer erhofft sich erneut etwas von ihr, weil sie mit der „Wirtschaft“ liiert ist. Als ob die korrupte Verquickung mit den Unternehmensverbänden und Konzernspitzen ein Segen fürs Land wäre! Argumentierte man – demagogisch – wie Merkel und Stoiber, müsste man ausrufen: Ausgerechnet die Parteien, die unter Kanzler Kohl den bis dahin stärksten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit brachten, wollen jetzt Arbeit schaffen!

Wahr ist: In der Ära Kohl erreichte die Erwerbslosigkeit schon vor dem Anschluss der DDR und der Brechung ihres ökonomischen Rückgrats eine nie gekannte Höhe. Weil die schwarz-gelbe Regierung vorrangig die Interessen des Großkapitals bediente, war sie außerstande, aus der steigenden Arbeitsproduktivität die nötigen gesetzgeberischen Schlüsse zu ziehen.

Zur Erinnerung: Nach dem Ersten Weltkrieg setzte die arbeitende Bevölkerung Mittel- und Westeuropas Gesetze zum Achtstundentag durch. Damit wurde die Diskrepanz zwischen fortgeschrittener Produktivität und extrem langen Arbeitszeiten verringert – die Profite nahmen übrigens keinen Schaden.

Welche CDU-Politiker sprechen heute davon, dass nicht Lohn- und Lohnneben-

kosten, sondern technischer Fortschritt und sinkende Binnennachfrage die entscheidenden Faktoren für das „Freisetzen“ von Arbeitskräften, für Stellenabbau sind? Wie die Katze um den heißen Brei schleichen sie in ihren Wahlreden um die ökonomische Realität herum. Und wenn sie sagen: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, so verheißt das nicht neue reguläre Arbeitsplätze, sondern verschärfte Arbeitsbedingungen – bei fortdauernder sozialer Ausgrenzung von Millionen.

Die PDS, seit ihrem Sonderparteitag Linkspartei, geht nicht um den heißen Brei herum. Sie vertritt den Standpunkt, „dass jeder Mensch ein Recht hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen“, und stellt in

**DIE LINKE. PDS**

Die Kurzform für Linkspartei. PDS Unverändert bleibt die Internet-Adresse: [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de).

ihrem Wahlprogramm fest: „der Ausbruch aus sozialer Demütigung und Ausgrenzung ist möglich.“ Sie zeigt Wege dafür, wobei sie beide Hauptursachen der Arbeitslosigkeit beachtet.

Um die *Massenkaufkraft* und folglich die Nachfrage zu stärken, fordert die Linkspartei Einkommenssicherung für die Nichtselbständigen:

- Abkehr von Niedriglohn-Strategien und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns,
- Wiederherstellung der längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und Erhöhung der Einkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen,
- keine weitere Senkung von Sozialeinkommen,
- keine Lockerung des Kündigungsschutz-

Was die Spitzen der Sozialabbau-Parteien ins Schwitzen bringt:

**Die Linkspartei verspricht nichts. Sie zeigt, wie es anders geht.**

zes und der Tarifbindung.

Zu *Hartz IV* hat die Linkspartei einen interessanten Vorschlag: Langzeitarbeitslose sollen das Geld, das sie als Alg II + Kosten der Unterkunft + Zuverdienst aus „1-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn ausgezahlt bekommen. Bei verändertem Steuersystem und Nutzung von Förderfonds der Länder, des Bundes und der EU könnten so reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen, und zwar dort, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Möglich würde das mit dem Einstieg in *öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren*. Dazu konkret im Wahlprogramm: „Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden. Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden.“ Dabei müsse der Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft vermieden werden.

Nachfrage stärken heißt neben Einkommenssicherung zugleich *erhöhte Nachfrage nach Leistungen*. Die Linkspartei denkt vor allem an öffentliche Investitionen in Schulen und Hochschulen, in Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, im öffentlichen Nahverkehr und Umweltschutz. „Würde Deutschland einen solchen Anteil seines Sozialprodukts wie die USA für öffentliche Investitionen aufwenden, wären das 30 Milliarden Euro mehr im Jahr als gegenwärtig.“

Alles bisher Aufgeführte brächte wichtige Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, doch noch keine entscheidende Wende. Wenn Millionen er-

**Frank Bsirske: Parteienlandschaft spannender**

„Das neue Linksbündnis macht die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik spannender und farbiger“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, am Sonntag auf dem Sozialforum in Erfurt. In Übereinstimmung mit der *Linkspartei*. PDS fordert er die Einführung eines Mindestlohns und einer Vermögenssteuer.

werbslos sind, dann muss die Arbeit umverteilt werden. Als ersten Schritt schlägt die Linkspartei eine wirksame Begrenzung von *Überstunden* vor. Zweitens fordert sie die *Reform des Arbeitszeitgesetzes*. Die durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit müsse auf 40 Stunden gesenkt werden – im Hinblick auf die heutige Produktivität der Großindustrie eine äußerst zurückhaltende Forderung. Grundsätzlich stellt das Wahlprogramm fest: „Die fortschreitende Steigerung der Produktivität ermöglicht auch in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen, ohne dass Lohnsenkungen die notwendige Folge sein müssen. Zumindest für Beschäftigte mit geringem Einkommen muss ein Lohnausgleich gewährleistet werden.“

Was „die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Großaktionäre auf *leistungslose* Einkommen“ betrifft, so ist sich die Linkspartei darüber klar, dass diese Unverschämtheit „nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen“ ist. Zweifellos ein Kernpunkt künftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung.

„Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft“ steht über dem ersten Abschnitt des Linkspartei-Wahlprogramms. Das ist die Wende, die das Land braucht. Welche andere Wahlpartei des Jahres 2005 hat ein Interesse und den Mut, dies auszusprechen?

# Wird die Alte Messe nun doch verramscht?

**Die Leipziger Stadtratssitzung vom 13. Juli ist durchaus so auszulegen**

Es war tatsächlich hohe Zeit für die Stadtrats-Debatte über das Strategiepapier der Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft (LEVG) für das Areal Alte Messe. Gefordert wurde sie von Stadträten im Aufsichtsrat schon im vergangenen Jahr. Nur – die Gefahr der Verramschung dieses innerstädtischen Areals wurde damit nicht abgewendet. Es droht Beliebigkeit in der Ansiedlung.

Zur Erinnerung: Mit der Nach-Wende-Entscheidung, die Technische Messe auf ein neues Messegelände im Norden zu verlagern, war die Erwartung verknüpft, auf dem historisch ebenso bedeutsamen wie international bekannten Areal ein zweites Stadtzentrum, ein „Stadtteil mit innerstädtischem Flair“ entstehen zu lassen. Es sollte solche Zentrumsfunktionen aufnehmen, für die in der

Altstadt kein oder zu wenig Platz ist. Beispielsweise Einrichtungen von Wissenschaft, Forschung und Bildung. Die Nachbarschaft des alten Messegeländes zum Medienzentrum mit seinem Kern, dem TV-Bereich des Mitteldeutschen Rundfunks, weckte zusätzliche Träume und Ideen. Ausgeträumt?

Wahrscheinlich. Denn die Stadträte haben – aus finanziellen Gründen – am 13. Juli mehrheitlich einem Strategiewechsel bei der bisher wenig erfolgreichen Vermarktung des Messegeländes zugestimmt. Die Konzeption zur Vermarktung des von der Stadt für 140 Millionen Euro gekauften Geländes war nicht aufgegangen, aber die Kredite sind abzulösen. Die neue Vermarktungsstrategie bedeutet nun auch: keine Absagen mehr zu Ansiedlungswünschen von Handels- und gastronomischen Einrichtungen in Leichtbauten und auf Flächen, die im Rahmenplan des

Geländes keinesfalls für eine Bebauung und schon gar nicht für eingeschossige Bauten vorgesehen sind.

Was gilt da seit der jüngsten Stadtratssitzung noch der Maßstab, dass für den Flächenverkauf vor allem auch die Anzahl und Hochwertigkeit der Arbeitsplätze entscheidend ist? Aber gerade eine – immer noch geplante – hochwertige Nutzung und spezielle Architektur werden kaum mehr eine Rolle spielen, wenn sich nun doch Discounter von Aldi bis sonstwas breitmachen können.

Vom Arbeitsplatz-Schaffen und von langfristig zu betreibender Wirtschaftsförderung zu reden, ist das eine. Was aber kann die Stadt angesichts leerer Kassen und kluger Worte beisteuern, wenn nicht Flächen zu günstigen Konditionen in Nachbarschaft zu wissenschaftlichen und universitären Einrichtungen auf erschlossenen Arealen in zentrumsnahen Stadtteilen?



Auch nichtstörende Produktion von Hightech ist denkbar. Anhubfinanzierungen und die Gewähr, dass Leipzig in Rekordzeit planerische Voraussetzungen schaffen kann, sind Voraussetzungen für Ansiedlungen wie des Frauenhofer-Instituts. Die bereits existierende Automeile beiderseits der Richard-Lehmann-Straße könnte durch zugehöriger Dienstleistungsangebote weiterentwickelt werden.

Ich hatte in der Stadtratssitzung gefordert, dass die Baufelder am Deutschen Platz und an der neuen Zwickauer Straße unbe-

dingt wissenschaftlichen und universitären Einrichtungen vorbehalten bleiben müssen. Hingegen können sich Büros, Handel und Gastronomie beiderseits der Grünachse und auch Freizeit- und Kultureinrichtungen südlich der Prager Straße in bestehenden wie in neuen Hallen oder Gebäuden ansiedeln. Schließlich geht es um die erhaltenswerte historische Grundstruktur der Alten Messe.

In der Tat sind Grundstücks- und Immobilienpreise in Leipzig im Keller. Aber Grundstücke haben neben dem Verkaufswert, der in seiner Höhe Spekulationen unterliegt, doch auch einen Gebrauchswert, der ebenfalls von Bebaubarkeit, Lage in der Stadt und von Verkehrsanbindungen mitbestimmt wird. Da zahlreiche Flächen als Kerngebiet ausgewiesen sind, lassen sie eine vollständige Überbauung der Fläche und große Gebäudehöhen zu. Die bereits erfolgte Ansiedlung namhafter Investoren beweist, dass der Gebrauchswert auf der Alten Messe sehr hoch ist. Bei weiteren solchen Ansiedlungen würde also auch der Wert der Grundstücke steigen.

• S. SCHLEGEL



Ein einmaliges zentrumsnahes Gebiet wie die Alte Messe Leipzigs vergammeln zu lassen, zeugt nicht gerade von einer soliden Vermarktungsarbeit.

Links z. B. der einstige Pavillon des DDR-Landmaschinenbaus. Hier wurden unter anderem Mährescher wie der E 614 gezeigt – einst in Paris mit der Goldmedaille prämiert.

Fotos: Märker



Nicht schlecht staunten zahlreiche Leipziger, als sie vor einigen Wochen Post von Peter Sodann aus dem Neuen Theater in Halle erhielten. Darin lud er für den 18. Juni zu einem Tag der Begegnung nach Halle ein, an dem jeweils 200 Leipziger und Hallenser teilnehmen sollten.

Die Leipziger wurden mit Bussen am Hauptbahnhof abgeholt und auf der Fahrt nach Halle von Hallenser Stadtbilderklämern unterhaltsam über Leipzig und die Region Halle-Leipzig sowie über aktuelle und gemeinsame Probleme informiert. Die Rede war auch von historischen Persönlichkeiten, wie Christian Thomasius, der, von der Leipziger Universität vertrieben, am Aufbau der Hallenser Universität maßgeblich beteiligt war. Stolz zeigten die Hallenser, was in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten geschaffen und aus einer über 1200-jährigen Stadtgeschichte an Bauten, Kultur und Traditionen bewahrt wurde. Zu Unrecht wird derzeit Halle in überregionalen Medien als stagnierende Stadt im Gegensatz zur „Boomtown“ Leipzig dargestellt.

An der ersten Station auf der Burg Giebichenstein begrüßte Peter Sodann seine Leipziger Gäste. Inmitten der Stadt ein Fluss mit viel Grün und schroffen Felsen, bekrönt von Burgen – was kann romantischer sein. Wenn dann noch vom Felsen gegenüber ein Chor Liedergrüße herüberschickt, ist das Erlebnis komplett. Nur für besondere Gäste wird das Prinzentor an der Burg geöffnet. Peter Sodann hatte das für die Leipziger organisiert. Durch den Park Ziegelwiese führte die Wanderung in die Altstadt. In der Moritzburg, die eine Galerie – übrigens größer als das neue Leipziger Bildermuseum – beherbergt, erfuhren die Gäste Interessantes über die vielhundert-

jährige Geschichte der Stadt.

Höhepunkt des Tages war das Beisammensein der Leipziger mit 200 Hallensern im Neuen Theater. Die „Wenderevue“ drückte in humorvoller Weise aus, was viele Ostdeutsche derzeit über die Wende und die heutige Situation denken.

Erst während der Veranstaltung im Neuen Theater erfuhren wir, dass sich Peter Sodann mit diesem Tag auch selbst das schönste Abschiedsgeschenk als Intendant organisiert hatte, zum Nutzen beider Städte. Peter Sodann wollte diese Begegnung als den Beginn eines Zusammenwachsens beider Städte in der gemeinsamen Region verstanden wissen.

So konnte sich jeder Gedanken darüber machen, was ihn mit der jeweils anderen Stadt verbindet. Für mich gehört dazu die Mitarbeit in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft von 1994 bis zu ihrer Auflösung 2004 und das Zusammenwirken mit Ingrid Häusler als Regierungspräsidentin und Oberbürgermeisterin von Halle. Auf den Tagesordnungen für die Region Halle/Deutscher Platz standen die Nutzung und Ausweisung von Standorten für Windenergie oder die gemeinsame Nutzung von Großdeponien. Streitpunkt war in all den Jahren immer wieder der großflächige Einzelhandel. Der „Saale-Park“ in Günthersdorf ist mittlerweile deutschlandweit zum Synonym für Zersiedlung der

Landschaft geworden. Den Schaden haben die Innenstädte von Halle, Leipzig und Merseburg gleichermaßen.

Halle „schrumpft“ wie die gesamte Region. Da können auch keine optimistischen Prognosen hinwegtäuschen. Für Leipzig ist eine stagnierende, vielleicht sogar minimal steigende Bevölkerungsentwicklung vorausgesagt. Wenn nach mehr oder weniger gemeinsamen wirtschaftlichen Bemühungen endlich auch die Kulturangebote gemeinsam vermarktet würden, könnten beide Städte als Reiseziel für Gäste aus dem In- und Ausland profitieren. Die Hallenser Oberbürgermeisterin ließ es sich nicht nehmen, an diesem Abend mit Leipzigern ins Gespräch zu kommen. Den Leipzigern war es deshalb richtig peinlich, dass ihr OBM es nicht vermochte, wenigstens kurz vorbeizukommen oder zumindest einen Vertreter zu entsenden. Ein großes Dankeschön an die Hallenser und an Peter Sodann kam dafür von den anwesenden Leipziger Stadträtinnen und Stadträten, die sich zum Abschluss des gemeinsamen Treffens auf der Bühne versammelt hatten. In ihrem Namen lud der PDS-Fraktionsvorsitzende Dr. Lothar Tippach Hallenser zum Gegenbesuch nach Leipzig ein.

Ein Städteverbund könnte mithelfen, die in den letzten 15 Jahren im Osten Deutschlands entstandene Kleinstaaterei zu überwinden. • SIEGFRIED SCHLEGEL

## Sodanns Abschiedsgeschenk

– für sich und vor allem für Hallenser und Leipziger

Am 24. März dieses Jahres stellte der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring eine „Kleine Anfrage“ zum „Linksextremismus im Freistaat Sachsen“ an die Staatsregierung:

1. Welche linksextremistischen Gruppierungen existieren im Freistaat Sachsen? Bitte nach Landkreisen und kreisfreien Städten aufgliedern.

2. Wie viele Mitglieder umfassen die jeweiligen Gruppierungen?

3. Wie viele Gewalttaten wurden im Jahr 2005 von Linksextremisten begangen? Bitte aufgliedern nach einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten.

4. Wie viele Gewalttaten wurden jeweils in den Jahren 1990–2004 von Linksextremisten begangen? Bitte aufgliedern nach einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten.

5. Welche Verbindungen existieren zwischen der linksautonomen Szene im Freistaat und der PDS im einzelnen?

Ehe wir zum Kern dieser parlamentarischen Peinlichkeit kommen: Mit den „linksextremistischen“ Straftaten ist das so eine Sache, Tote oder brutal Zusammengeschlagene sind nicht vorzuweisen, ominöse Zahlen aber schon. Und mit denen wissen Leichsenring und Konsorten genug anzufangen. Schließlich sammelt die Polizei bei Naziaufmärschen beamtenbrav reihenweise antifaschistische „Straftäter“ von der Straße weg. Was die dabei Betroffenen jüngst in der von der PDS-Fraktion beantragten Landtags-Anhörung über die Jagd der Polizei auf Antifaschisten am 1. Mai dieses Jahres in Leipzig zu Protokoll gaben, ist für die Staatsregierung kein Anlass zur Besorgnis, im Gegenteil:

S. J. (49 Jahre! – LN): „Ich wurde an den Haaren übers Pflaster geschleift, an den Straßenrand geschleudert und von den Polizisten so in die Rippen getreten, dass ich eine Woche krank geschrieben war.“

A. L.: „Ich wurde grundlos festgehalten und mit 17 weiteren Personen in eine Sammelzelle eingeschlossen – ohne Schuhe, ohne Belüftung und mit einer einzigen Holzbank für alle. Erst nach zehn Stunden durfte ich wieder nach Hause gehen.“

So kommt es, dass Leipzig, seit es regelmäßig von Worchs Gefolgsleuten heimgesucht wird, die Liste der „politisch motivierten Straftaten“ anführt – man trennt ja in der Staatsregierung dann gar nicht mehr nach links und rechts! – Heraus-

kommen dennoch Zahlen und Namen von Antifa-Gruppen, mit denen nun die Nazi-Abgeordneten gefüttert werden, als wären nicht schon in der Weimarer Zeit die Listen angelegt worden, die die Faschisten dann – kaum an der Macht – gewissenhaft abarbeiteten, auf dass sich Zuchthäuser und erste KZ füllten. Natürlich, solche Vergleiche liebt man nicht. Warum nicht?

Aufgescheucht von der Linkspartei ist Sachsens Staatsregierung eifrig dabei, die Angst vor Links zu schüren. Die PDS sei gefährlicher als die NPD – das ist die Sprachregelung. Angesichts des anwachsenden Zuspruchs der neuen Linkspartei

den Innengruppen, ein Tamara-Bunke-Verein zur internationalen Jugendverständigung, RotFuchs-Fördervereine, eine Sozialistische deutsche Arbeiterjugend und und und.

Wen die Nazis bis dahin noch nicht in ihren Dossiers hatten, jetzt steht er drin. Und weil es so schön klappte mit diesen fünf Fragen und weil nach den Bolschewisten auch schon seinerzeit die Juden an der Reihe waren, stellte NPD-Gefolgsmann Winfried Petzold im Mai gleich drei Kleine Anfragen über jüdische Bürger. Die erste:

1. Wieviele religiöse Einrichtungen für jüdische Bürger gibt es gegenwärtig in

Maizière ab, der sich nur allzu bereitwillig und detailliert über „Linksextremisten“ ausbreitete. Dennoch, auch hier nicht die Spur einer Andeutung, sich die Zumutung solcher Zuträgerdienste zu verbitten.

Schließlich, weil die Nazis ihre Akten derzeit ganz systematisch füllen, noch eine dritte Kleine Anfrage im Monat Mai zu Einladungen sächsischer Kommunen an jüdische Bürger:

1. Wie viele jüdische Bürger weilten auf Einladung sächsischer Kommunen als ehemalige Bewohner oder deren Nachfahren in den letzten 5 Jahren im Freistaat Sachsen?

2. Welcher Art Kosten wurden dabei vom Freistaat Sachsen getragen (Kosten der Unterkunft, An- und Abreise, kulturelles Rahmenprogramm, Verpflegung, Taschengeld, Präsente etc.)? (Bitte detaillierte Aufschlüsselung.)

3. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für diese Art Besuche? (Bitte Einzel- und Gesamtaufschlüsselung pro Kommune.)

4. Wer organisiert derartige Aufenthalte jüdischer Bürger?

5. Inwieweit wurden diese Besucher in sächsischen Bildungseinrichtungen als Diskutanten für sächsische Schüler engagiert?

Es antwortete wieder de Maizière und wahrlich wieder gründlicher als nötig. Ein linke Zeitung hat gewiss anderes im Sinn, als den Welpen der Hitlers und Görings zu Öffentlichkeit zu verhelfen. Es beweist sich schließlich täglich: Was Presse und Funk ignorieren, hat im Grunde genommen gar nicht stattgefunden. Dennoch, die Nazis sind da und wahrlich allgegenwärtig und allzuviel Nichtbeachtung ihres Treibens ist fahrlässig – mindestens. Und was sie im Dresdner Landtag treiben, kann einem das Blut in den Adern gefrieren lassen. Unfassbar an den ganzen Vorgängen aber ist vor allem die Art des Landtagspräsidiums, mit diesen Anfragen umzugehen. Warum entlarvt es nicht die Fragenden und ihre Hintergründe? Warum geht es mit diesen Anfragen nicht gezielt an die Öffentlichkeit, um zu demonstrieren, welches Geschmeiß da zu „Vertretern des Volkes“ gemacht wurde?

• MAXI WARTELSTEINER

## Nazis und ihre Kleinen Anfragen im Sächsischen Landtag

... was manch andere Frage aufwirft



von Milbradt gerade wieder beschrieben. Während auch dieser CDU-Mann Gift und Galle in die Richtung derer spuckt, die, wie schon einmal, als erste von den Nazis ins Visier genommen wurden, beantworten sächsische Staatsbedienstete getreulich Kleine Anfragen. So sammeln die NPDler ihr Material. Methodisch. Fakt für Fakt. Wie gehabt.

Leichsenring bekam von Innenminister Thomas de Maizière haar Klein aufgelistet, wen der Verfassungsschutz unter den Linken alles im Visier hat – nebst dem Zusatz, es lägen weitere Erkenntnisse vor, die aber „aus Gründen der Geheimhaltung nicht mitgeteilt werden können, da ansonsten Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Verfassungsbehörde und somit darauf, wie sie ihre Informationen erhebt, gezogen werden können“. Anders formuliert, man will seine Spitzel bei Antifaschisten, Antimilitaristen, Antikapitalisten, Sozialisten und Kommunisten nicht enttarnen. Sonst aber ein wahrlich brauchbares Papier: Jede Arbeitsgemeinschaft junger Genossen ist aufgeführt, jede Gruppierung des Marxistischen Forums, dazu antifaschistische Hochschulgruppen, Linke Stu-

Sachsen?

2. An welchen Standorten befinden sich diese Einrichtungen?

3. In welchem Umfang beteiligen sich Bund und Freistaat an den Kosten für diese Einrichtungen? (Bitte detailliert auflisten, je nach Standort.)

Eine weitere Anfrage diente der Erkundung jüdischer Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuungsstätten (die es übrigens nicht gibt):

1. Wie viele Bildungsstätten und Kinderinstitutionen im Freistaat Sachsen gibt es derzeit, deren Nutzung ausschließlich jüdischen Bürgern vorbehalten ist?

2. An welchen Orten befinden sich diese Einrichtungen?

3. In welcher Höhe werden diese Bildungsstätten und Einrichtungen aus Bundes- oder Landesmitteln gefördert? (Bitte jeweils Einzelaufstellung erstellen.)

4. Wie viele Polizeikräfte des Freistaates Sachsen sind zu deren Bewachung abgestellt?

5. Wie hoch sind die Kosten, die dem Freistaat durch den Wachschutz dieser Objekte entstehen?

Immerhin heben sich Kultusminister Steffen Flaths Sammelantworten in ihrer Kürze von denen seines Kollegen de

Nun haben wir die Freiheit und dürfen alles sagen und demonstrieren und unsere Regierung wählen. Und die Lehrer haben nicht zuletzt den Auftrag, die demokratischen Grundrechte, zu denen freie Meinungsäußerung und Formen des Protestes gehören, ihren Schülern zu erklären. Nur selbst danach leben dürfen sie nicht.

Zwei Schulleiter aus Lohmen, die es versuchten, hat das Regionalschulamt Dresden kurzerhand abgesetzt; der Fall ist bekannt und ging durch die Presse. Das Kultusministerium unter Minister Flath verteidigt das Vorgehen. Was geht vor in diesem Freistaat? Schulen werden geschlossen, seit Jahren. In diesem Jahr besonders viele. Klar, weniger Schüler brauchen weniger Schulen. Aber so einfach geht die Rechnung nicht. Wenn die Schule im Dorf schließt, ergeben sich vielerorts völlig unzumutbare Schulwege.

Wie gesagt, wir haben die Freiheit. Grund genug für die Leute in Lohmen zu protestieren. Denn ihre Mittelschule soll geschlossen werden, die meisten Schüler sind dann täglich zwischen 12 und 14 Stunden unterwegs.

An der Demonstration am 7. Juni vor dem Rathaus beteiligten sich Schüler, Eltern und Lehrer – und auch der Schulleiter der Mittelschule und die Schulleiterin der Grundschule des Ortes –, und beide sind jetzt ihre Funk-

## Wir sind alle gleich. Nur Lehrer nicht!

tion los. Das Kultusministerium argumentiert, sie hätten damit Unterrichtsausfall herbeigeführt. Verlogener geht es kaum noch in einem Land, in dem wegen fortdauernder Stellenkürzungen sogar planmäßiger Unterrichtsausfall in Kauf genommen wird.

Außerdem behauptet das Ministerium, der Schulleiter habe „Minderjährige für seine politische Meinungsäußerung instrumentalisiert“. Auch das ist dreist gelogen, denn es handelte sich um verständlichen und berechtigten Protest der Schüler und Eltern in ihrem ureigenen Interesse. Die Schüler- und Elternvertretungen sind entsetzt und protestieren nun gegen die Strafmaßnahmen. Sie fordern, die Entscheidung zurückzunehmen. Doch das Regionalschulamt ließ verlauten: Wer als Schulleiter so unloyal gegenüber seinem Dienstherrn handelt, muss mit aller Härte abgestraft werden. Ist das die Freiheit?

Nein, das ist sie nicht! Wenn engagierte Pädagogen wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration gegen die

Schließung ihrer Schule gefeuert werden können, ist die Demokratie gefährdet. Der Schulleiter der Mittelschule hatte, als Flath maßlos und unverschämt zuschlug, einen mehr als 40-jährigen erfolgreichen Schuldienst hinter sich – und nur noch drei Wochen bis zum Beginn seines Vorruhestandes vor sich. Seine 51-jährige Grundschulkollegin ist seit 25 Jahren an der Schule, seit 13 Jahren leitete sie die Einrichtung. Wer so mit geachteten Pädagogen umspringt, sollte sich nicht wundern, wenn es dagegen massive Proteste gibt und sich auch das Parlament mit dem Vorgang befassen muss, wie am 15. Juli geschehen. Die Grünen verlangten von der Staatsregierung Aufklärung, wie sie „zivilgesellschaftliche Courage und gelebte Demokratie an sächsischen Schulen auch weiterhin fördern will“. Die PDS-Fraktion verlangte die Rücknahme der Änderungskündigungen.

Der Ausgang dieses Tagesordnungspunktes im Landtag war abzusehen, eine selbstherrliche CDU und die ihr Hörigen schmetterten jede Kritik an Sachsens vorsintflutlicher Schulpolitik ab. „Unloyales“ Verhalten von Schulleitern kann die Staatsregierung erst recht nicht durchgehen lassen. Den beiden Lehrern blieb nur noch der Gang vors Arbeitsgericht. Ausgang derzeit offen ...

• CORNELIA FALKEN



# Affäre um Sachsens Landesbank eskaliert

## Verfassungswidrig

Vor einem Jahr hatten 29 PDS- und ein weiterer Abgeordneter des Landtags gegen das Verfassungsschutzgesetz Sachsens geklagt. Jetzt entschied der Sächsische Verfassungsgerichtshof, die im April 2004 verabschiedete Änderung des Gesetzes missachte das Trennungsgesetz von polizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit. Zudem verstoße es gegen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und der Menschenwürde. Eben diese Punkte waren von den Klägern angefochten worden. Die Regierung muss nun bis 30. Juni 2006 neue gesetzliche Regelungen vorlegen. Die Vorsitzende der Linken, PDS Sachsen, Cornelia Ernst, und der rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Klaus Bartl, begrüßten die Entscheidung. Bartl: „Das ist ein guter Tag für die Bürgerrechte.“ Auch Grüne und SPD waren mit dem Richterspruch zufrieden.

So weit, so gut. Aber dass die Linken der CDU wieder einmal eine Lektion in Sachen Bürgerrechte erteilen, darf natürlich nicht ohne weiteres hingenommen werden. Während Innenminister de Maizière gute Miene machen musste, stößt sich die LVZ hart an den Realitäten. Sie lobt die gute Absicht der CDU und spricht den Linken schlechthin jedes Recht ab, für den Schutz der Bürgerrechte zu streiten. Die Richter sahen das anders. Sie würdigen die Initiative. • G. L.

Gerade erst hat ein Landtagsausschuss mit der Aufklärung der Verstrickungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers in das zu Tage getretene Missmanagement und die Vetterwirtschaft in der Führungsspitze der Landesbank Sachsen begonnen, und schon werden neue Fakten bekannt, die die Dringlichkeit der Untersuchung bekräftigen.

Der Zeuge Ludwig Hausbacher berichtete am 11. Juli im Ausschuss über schwerwiegendes Fehlverhalten von Finanzminister Metz und Ministerpräsident Milbradt, die über die Misswirtschaft in der Leitung der Bank gut Bescheid wussten, sie aber tolerierten und vertuschten. Die Linke.PDS Sachsen verlangt daraufhin, der Ministerpräsident solle vor dem Landtag dazu Stellung nehmen, dass der Finanzminister offensichtlich das Parlament belogen hat.

Konkret ging es um die Aussage Hausbachers, Metz habe ihm, das heißt der Industrie- und Immobilien-Leasing GmbH, über Mittelsmänner 35 Millionen Euro angeboten, um einen langdau-

ernden Rechtsstreit zu beenden und einen drohenden Untersuchungsausschuss zu verhindern. Aber weder Milbradt noch Metz stellen sich daraufhin dem Parlament, der Finanzminister flieht förmlich aus dem Plenarsaal. Er gibt lediglich eine schriftliche Presseerklärung ab, in der er allen konkreten Vorwürfen ausweicht und nur allgemein von „Wahlkampfmanöver“ und „Täuschung“ spricht. Der Chef der Staatskanzlei will dem nichts hinzufügen. Es folgt eine geheime Kabinettsitzung. Auch an den folgenden Tagen weist Metz alle Schuld von sich, wobei er sich auf einen Zeugen stützt, aber auch Hausbacher kann einen Zeugen für seine Version des Hergangs aufbieten. Die Linke verlangt dringlich eine Sitzung des Untersuchungsausschusses. Eine Sondersitzung noch vor der Sommerpause und der Bundestagswahl möchte die CDU aber unbedingt vermeiden, sie will sie bis Oktober vertagen.

Doch der Ausschuss beschließt, bereits am 4. August eine Sondersitzung durchzuführen und

hier – neben anderen – den Minister zu laden.

Mittlerweile hat sich die Gesamtsituation der Landesbank – auch nach der Bewilligung einer Finanzspritze in Höhe von 300 Millionen Euro durch das Kabinett – nicht verbessert. Sie erhielt erneut ein schwaches Rating (Bewertung) durch die Ratingagentur. Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Fraktion der Linken, Ronald Weckesser, erklärte dazu: „Dieses Rating ist der Preis für zweijähriges Nichthandeln der Staatsregierung und kommt für uns keinesfalls überraschend. Das Maßnahmenpaket zur Erreichung eines deutlich besseren Ratings wurde viel zu spät auf den Weg gebracht.“ Das erneuerte Management an der Spitze der Bank werde in seinem Bemühen um Veränderungen unterstützt. Das politische Management von Ministerpräsident und Finanzminister aber habe zwei Jahre Stillstand zu verantworten und eine maßgebliche Aktie an dem schwachen Rating.

• G. LIPPOLD

## Farbe bekennen!

LN. Der Vorschlag, der sächsische Ministerpräsident solle Finanzminister in einer möglichen CDU-geführten Bundesregierung werden, und sich darum rankende Gerüchte haben den Vorsitzenden der Fraktion der Linken, PDS Sachsen, Prof. Peter Porsch, zu der Forderung veranlasst, Millbradt möge Farbe bekennen. Er müsse jetzt klar sagen, was ihm Sachsen wert ist, „ober er der Krise seiner Regierung nach Berlin entfliehen oder den Aufgaben im Freistaat treu bleiben will“.

## Ländervergleich

LN. Der jüngste Ländervergleich der Bertelsmann-Stiftung sieht insgesamt gute Entwicklungsperspektiven für Sachsen. Zugleich verweist er auf eine Reihe Schwachstellen. So wird mit Blick auf die Situation in der Berufsausbildung betont, es sei sicherzustellen, „dass junge Menschen eine wirtschaftliche Perspektive haben“. Die Studie stützt auch die Warnung der PDS, dass Rassismus und Gewalt von rechts das „Innovationsklima einer Region negativ beeinflussen“.

## Wohnungsmonopoly

LN. Sachsens DGB-Vorsitzender Lucassen sieht im massenhaften Verkauf von Wohnungen in Dresden den ersten Schritt zum Ausverkauf der öffentlichen Wohnungsunternehmen an Kapitalgesellschaften. Damit gingen den Kommunen preiswerte Wohnungsbestände dauerhaft verloren und sie verschenkten Einflussmöglichkeiten auf die Preisregulierung. Die Staatsregierung dürfe dem nicht zusehen. Er appellierte an Kommunen und Freistaat: „Stoppt die Wohnungsverkäufe“.

## Verkauf kommunaler Wohnungen auf dem Prüfstand

LN. Während in Dresden die Weichen für den Verkauf von nahezu 48 000 kommunalen Wohnungen und über 1300 Gewerbeeinheiten gestellt wurden, fand vorige Woche in Leipzig ein Kongress von Verbänden kommunaler Wohnungsunternehmen aus Sachsen und Thüringen statt. Die teilnehmenden Gemeinderäte, Bürgermeister, Aufsichtsräte und Geschäftsführer wandten sich deutlich gegen den Verkauf ihrer Wohnungsbestände.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion äußerte der Landtagsabgeordnete der Linken Dietmar Jung, der Verkauf kommunaler Wohnungsbestände oder, wie im Fall Dresden, der Gesellschafteranteile, sei zwar für die PDS kein generelles Tabuthema, da es durchaus positive Beispiele gebe. Die Entscheidungsträger vor Ort müssten sich jedoch stets fragen „Wer erbringt nach einem Verkauf künftig die soziale Rendite in der Kommune? Wer steuert künftig die Stadtentwicklung, entwickelt Quartierskonzepte, beteiligt sich an der Erarbeitung und Umsetzung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten? Mögliche Käufer benötigen und verlangen weitgehende Handlungsfreiheiten und Entscheidungsspielräume, um ihre angestrebten Renditeziele erreichen zu können. Warum können die jetzigen Gesellschafter nicht vor einem Verkauf die gleichen Optionen ihren eigenen Unternehmen bieten? Wie werden die Mieter und Gewerbebetreibenden in mögliche Verkaufsverhandlungen, in die Geschäftspolitik ihrer Vermieter insgesamt einbezogen?“ Dietmar Jungs Fazit: Die von Leipzig und Dresden ausgehenden Signale und die aufgeworfenen Fragen sprechen gegen den massenhaften Verkauf.

## 12. Juli

**Dresden.** Die NPD lässt ihre Parteizeitung „Deutsche Stimme“ in Litauen drucken, nachdem ihr Druckauftrag im polnischen Zielona Gora gekündigt worden ist.

**Dresden.** Die Antikorruptionseinheit INES der sächsischen Staatsanwaltschaft ermittelt wegen neuer Korruptionsvorwürfe gegen den bereits wegen Untreue angeklagten Dresdner Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP).

**Chemnitz.** Plauen unterliegt vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz im Rechtsstreit um Schulschließungen gegen das Kultusministerium, nachdem bereits die Klagen des Landkreises Aue-Schwarzenberg und der Stadt Thum abgewiesen worden sind.

## 13. Juli

**Dresden.** Bei der neuen PISA-Studie behauptet Sachsen hinter Bayern und Baden-Württemberg den dritten Platz.

**Borna.** Sachsen will von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft die 41 Tagebaurestseen im Leipziger Südraum übernehmen, um

# SACHSEN-CHRONIK

12. bis 25. Juli

deren Vermarktung zu erleichtern.

## 14. Juli

**Leipzig.** Einsatzkräfte der Antikorruptionseinheit INES nehmen den in eine Schmiergeldaffäre verwickelten Sportchef des MDR, Wilfried Mohren, in Untersuchungshaft. Eine Woche später entlässt ihn der MDR fristlos.

**Leipzig/Wermsdorf.** Das Landgericht verurteilt Wermsdorfs Bürgermeister Lehmann (CDU) wegen übler Nachrede und versuchter Nötigung (Fußballstreit) zu 8250 Euro Geldstrafe. Tags darauf suspendiert ihn das Landratsamt. Die Ermittlungen wegen Betrugs und Untreue in 32 Fällen führen am 19. Juli zur Anklage.

## 15. Juli

**Dresden.** Im Fördermittelskandal um die Bildungsgesellschaft QMF droht Spitzenbeamten des Wirtschaftsministeriums

eine Anklage wegen Untreue.

## 16. Juli

**Dresden.** Ein Sonderparteitag der CDU setzt Arnold Vaatz auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl.

**Leipzig.** Ministerpräsident Milbradt spricht sich für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, den Abbau unrentabler Windkraftanlagen und die mittelfristige Streichung von Subventionen für alle erneuerbaren Energien aus.

**Leipzig.** Nach langem Zögern befürworteten die Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit in Sachsen ein Zusammengehen mit der Linken. PDS Sachsen bei der Bundestagswahl.

## 20. Juli

**Dresden.** Vor dem Arbeitsgericht scheidet eine gütliche Einigung im Falle der strafversetzten Schulleiterin, die am 7.

Juli während der Dienstzeit an einer Protestkundgebung gegen Schulschließungen teilgenommen hatte. Ein zweiter Fall wird am 21. Juli analog entschieden.

**Schkeuditz.** Das renommierte Möbelhaus Erbe, das erst kürzlich an eine große Warenhauskette verkauft wurde, soll Ende August geschlossen werden. Die 120 Mitarbeiter erhalten die Kündigung.

## 21. Juni

**Chemnitz / Berlin.** Die Abgeordneten Jelena Hoffmann aus Chemnitz (SPD) und der gebürtige Zwickauer Werner Schulz (Grüne, jetzt Berlin), bekräftigen ihre Absicht, gegen die vom Bundespräsidenten verfügte Auflösung des Bundestages beim Bundesverfassungsgericht Klage zu erheben.

## 22. Juli

**Dresden.** Der zweite, 12,9 Kilometer lange Bauabschnitt der Autobahn Dresden-Prag zwischen Dresden-Prohlis und Pirna wird für den Verkehr freigegeben.

**Dresden.** An Sachsens Schulen sind nach Mitteilung der Landesregierung innerhalb von sechs Monaten rund 463 000 Unterrichtsstunden ausgefallen.

Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs aus 35 Ländern Europas und Nordamerikas (USA, Kanada) in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, unter ihnen SED-Generalsekretär Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Am Rande dieser Konferenz kam es zu zwei bemerkenswerten Zusammenkünften zwischen den führenden Repräsentanten der beiden deutschen Staaten. In

**Vor dreißig Jahren: Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki**

# Gutes Erbe schlecht genutzt

Von WINFRIED STEFFEN

deren Mittelpunkt stand die weitere wirtschaftliche Kooperation zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Aus der Sicht der DDR ging es vorrangig um die Belebung der DDR-Wirtschaft mittels Westdevisen, aus BRD-Sicht insbesondere um bessere Verkehrsbedingungen zwischen Bundesgebiet und Westberlin sowie um mehr Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West.

## Was beinhaltete die KSZE-Schlussakte und worin bestand ihre Bedeutung?

Die am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnete Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die reichlich zwei Jahre später mit der unterzeichneten Schlussakte erfolgreich endete, stellte einen bedeutenden Einschnitt im Verlaufe des Kalten Krieges dar. Sie bewirkte eine gewisse Entspannung in Europa nach mehreren scharfen Konfrontationen zwi-

schen Ost und West (sowjetische Blockade Westberlins, Berliner Mauer, sowjetischer Truppeneinmarsch in die Tschechoslowakei u. a.) und schrieb den damaligen Status quo in Europa fest. Kurz nach ihrer Eröffnung wurden am 18. September 1973 die DDR und die BRD als Mitglieder in die UNO aufgenommen.

Die damit verbundene weltweit vollzogene völkerrechtliche Legitimation der DDR als gleichberechtigter Staat in der internationalen Gemeinschaft – die BRD hatte bereits viele Jahre verschiedensten internationalen Organisationen angehört und hatte die Gleichberechtigung der DDR scharf bekämpft – ebnete erst den Weg für einen späteren fruchtbaren Konferenzverlauf.

Die KSZE-Schlussakte beinhaltete drei Themenkreise („Körbe“):

1. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,
2. wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit,
3. Zusammenarbeit auf humanitären und anderen Gebieten.

Der Schlussakte kam der Rang von Absichtserklärungen zu. Sie sah Folgekonferenzen vor, die 1977/78 in Belgrad, 1980 bis 1983 in Madrid und 1986 bis 1989 in Wien stattfanden. Außerdem tagten verschiedene Expertentreffen.

Der KSZE-Prozess trug wesentlich dazu bei, das Risiko eines atomaren Infernos zu verringern. In seinem Geiste wurden vertragliche Regelungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen der BRD und den damaligen sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas getroffen.

Die weltpolitischen Realitäten ließen auch der 1982 gebildeten Regierung unter Bundeskanzler Kohl keinen anderen Weg zu, als die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-geführten Vorgängerregierung fortzusetzen. Im Zentrum der Weltpolitik stand nichts Wichtigeres als die Sicherung des Weltfriedens. Die Lösung der deutschen Frage blieb in den achtziger Jahren ausgeklammert. Die Hauptsorge deutscher Staatsmänner bestand darin, dafür zu sorgen, dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausging. Rege deutsch-deutsche Dialoge fanden statt, sowohl mit Vertretern der regierenden bundesdeutschen Parteien wie auch solchen von SPD und Grünen. Westdeutsche Abgesandte gaben sich förmlich die Klinke in die Hand, um mit Repräsentanten der DDR zu verhandeln. Zwar geriet die DDR durch den Inhalt des Korbes 3 in den achtziger Jahren zunehmend in Schwierigkeiten, besonders im Hinblick auf die Menschenrechte, doch zwingend drängt sich die Frage auf: Haben die vielen Staatsmänner, Politiker und Leiter großer Unternehmen und Verbände nur mit einem nicht legitimierten Staat, mit einem Unrechtsstaat verhandelt?

## Was ist aus dem KSZE-Prozess geworden?

Dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, zur Hälfte des seitdem bis heute abgelaufenen Zeitabschnittes, führte die in Helsinki erfolgte Anerkennung der seit 1945 eingetretenen historischen Entwick-

lung eine Beruhigung der internationalen Lage mitten im Kalten Krieg herbei. Auch dreißig Jahre nach dem Kriegsende war wegen der Ost-West-Konfrontation noch kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen worden. So bedeutete der KSZE-Prozess einen Triumph der besonders von den sozialistischen Staaten betriebenen Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Auf einem Sondergipfel in Paris wurde 1990 die Charta für ein neues Europa verabschiedet. Mit ihr wurde die Ost-West-Spaltung des Kontinents für beendet erklärt. Zum 1. Januar 1995 wurde die KSZE in OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) umbenannt.

Vergegenwärtigt man sich die heutige internationale Situation, wird deutlich: Die Möglichkeiten, einen stabilen Frieden in Europa und in der Welt zu sichern, wurden wenig genutzt. Die Warschauer-Vertrags-Organisation wurde aufgelöst. Demgegenüber besteht die NATO weiter fort und wurde und wird ausgebaut. Zwar existiert die Europäische Union mit 25 Mitgliedern, wird jedoch dominiert durch die globalen Interessen des Finanzkapitals. Das Wettrüsten dauert an. Nach wie vor bestehen Krisenherde in Europa – im ehemaligen Jugo-slawien, in Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, in Zypern – so wie Krisenherde und terroristische Gefahren auf mehreren Kontinenten. Es bedarf noch großer Anstrengungen, um weltweit Sicherheit und Zusammenarbeit zu stabilisieren.

**M**eine DDR war nicht die der Bonzen. Es hat sie gegeben. Sie war ein schönes, kindliches, hoffnungsvolles, handfestes Land. Soetwas an eine Zeit, auch im eigenen Leben, Gebundenes kann man wirklich verlieren. Der Westen mit seinen Primaten Kapital und Konkurrenz und dem Betrug als Norm, als legitimem Versuch im Kampf ums Haben, hat längst alle Lebensumstände pervertiert. Niemand konnte das so scharf spüren wie ein in lächerlich almodischen Werten – Ehrlichkeit, Anstand usw. – erzogener Ossi, der in der DDR ein Stück weit das Feld fand, solche Werte tatsächlich zu leben, und der noch dazu an der besseren Welt mitbaute, auch wenn er letztlich dabei einiges von einem Simplizissimus hatte. So ist zum Beispiel die Unterstellung der Lüge, die in den heutigen Ämtern gegenüber dem Bürger üblich ist, für einen solchen Menschen eine echte Beleidigung, vielleicht, wie man ein Kind beleidigt, dem man so sagt, dass es noch viel lernen muss. Vor allem, wenn es Erwachsenen zu klug scheint. So ein Wort wie Gerechtigkeit ist jedenfalls allemal Provokation genug, aus einem Kindermund.

Das Entwerten von Vergangenheit ist nicht neu. Das eigene Erleben dieses Vorganges allerdings, das Ausschaben einer Person von innen, das Schaffen eines Hohlkörpers, wirkt wie eine der krassesten vorstellbaren Vergewaltigungen, deren perfidester Teil der obendrein entstehende Entschuldigungszwang ist. Die Frau, die vergewaltigt wird, muss sich dafür entschuldigen. Sie muss sich dafür entschuldigen, dass sie Frau ist. DDR-Bürger müssen sich dafür entschuldigen, dass sie DDR-Bürger sind/waren. Zumal die eigene „Revolution“, der Mut, das Risiko, die entstandene Gemeinschaft gleich und ganz selbstverständlich mitbetroffen sind. Und damit ist nicht nur das Jahr neunundachtzig gemeint, sondern auch die Jahre, in denen Menschen in den „Nischen“ ganz andere Lebensentwürfe zum Teil recht erfolgreich probierten. Und auch der Anfang der DDR, nach dem Krieg, die Idee, die Vision, trotz aller machtpolitischen Umstände, letztlich die Philosophie, letztlich

die halbe Menschheitsgeschichte, von Spartacus bis Müntzer, müssen sich entschuldigen. Aber vielleicht ist ein solcher Umstand typisch für jede Endzeit und man muss sich nicht weiter darüber wundern.

Es gab eine DDR in der DDR, entzogen staatlicher Macht und Einflussnahme, eine seltsame Gesellschaft, die gelernt hatte, sich zu entziehen. Jeden Ossi zum Teil des Staates zu erklären stimmt und stimmt eben auch

Neugläubige wie Vieh in die neue Richtung geführt wurden. Aber wer führte? Und ab wann? Das ist eine der Fragen, die bis heute nicht diskutiert werden. Die Bürgerrechtler der DDR waren unerfahren, zersplittert und nicht in der Lage. Sie redeten ohne Ende und Ergebnis und es gab unter ihnen jede Menge Scharlatane. Die alte, sich auflösende Macht führte auch nicht. Buchstäblich wochenlang hing alles in der Luft. Dazu

## Zu später Stunde

nicht. Das kindliche Ernstnehmen von Idealen entfernt. Der Kollision mit dem Apparat konnte aus dem Weg gegangen werden, was wenig mit bravem Anpassungssein zu tun hatte. Und noch weniger mit Feigheit. Natürlich war der DDR-Spießer vorhanden, und in seiner Ausprägung unterschied er sich wohl nicht allzu sehr vom BRD-Spießer. Und der Zeitpunkt, an dem der DDR-Spießer anfing, montags um den Ring zu latschen, lässt sich auch heute noch ziemlich gut bestimmen. Schon damit war der Grund der Demonstrationen, ein reformiertes Land, verraten. Die mitlatschenden und Masse produzierenden, auf Hauruck neu politisierten und sehr schnell ihr Fähnchen nach dem Wind drehenden „Bürger“ brauchte man nur mit den richtigen Parolen zu füttern. Sie blöken nach wie Schafe, die die sprichwörtliche Schlachtbank nicht sehen. Das Hochgefühl der Demonstrationen verschleierte diesen Umstand nur eine kurze Zeit. Und bald darauf wurde in dem großen Satz „Wir sind das Volk“ das eine wichtige Wort ausgetauscht. Er wurde damit nicht nur radikal verkleinert, sondern schlicht zum politisch steuerbaren Instrument, ein Nasenring, an dem hunderttausende besoffene

tauchten die ersten Rechtsradikalen von jenseits der Grenze auf. Sie kamen in alten VW-Bussen und Privat-Pkw gefahren und verteilten bunte Zettel: „Deutschland in den Grenzen von

1933“. Wer führte also? Eine politische Kraft? Der Zufall? Das Chaos? Oder führten schon die, die solche Fälle selten verpassen?

Es gab Land zu erwerben, Maschinen, ganze Fabriken, ein ganzes Land incl. Massen von billigen Arbeitskräften. Wer zog die Drähte, bevor Kohl gen Russland fuhr und Gorbatschow den Osten für 6 Mrd. Mark abkaufte? Was nicht mal einen Bruchteil der nicht gezahlten Reparationen aus dem 2. Weltkrieg darstellte. Wer begreift am schnellsten die sich bietende Chance, viel Geld zu machen? Und dazu noch, das Ganze als Akt der Menschlichkeit verkaufen zu können. Die Brüder und Schwestern aus dem grauen Land nebenan, deren Glasperlen Bananen hießen, würden, wenn sie überhaupt merken, sowieso viel zu spät merken, was passiert. Und sie haben ja auch nix gemerkt: Mit Kohl kommt's Geld. Der später oft gehörte, verwunderte Satz: Der Kapitalismus ist ja genau so, wie er in den Büchern steht, ist bittere und albern späte Erkenntnis. Erfahrungswissen von Eingeborenen, die quellend bunte Warenhaufen hinter Schaufensterscheiben für die Welt gehalten hatten.

• Tilo K.

Noch immer nimmt der vor 100 Jahren am 2. August in München geborene Karl Amadeus Hartmann in den Konzertprogrammen nicht den Platz ein, der ihm als bedeutendsten deutschen Sinfoniker der Jahrzehnte zwischen 1933 und 1963 gebührt. Kein anderer nach 1933 in Deutschland gebliebener Komponist hat sich mit seinem Werk in

Von **WERNER WOLF**

den Jahren bis 1945 so energisch gegen die faschistische Gewaltherrschaft gewendet und dem nazistischen Kulturbetrieb verweigert wie Karl Amadeus Hartmann.

Als ein allzeit Unbequemer ließ er sich aber auch nach 1945 nicht vom Wirtschaftswunder blenden. In einem Brief an den Dirigenten Scherchen äußerte er sorgenvoll: „Leider muss man feststellen, dass der Nazigeist bei uns noch überall blüht. Die Naziideologie hat sich im deutschen Volk sehr tief hineingefressen ... Der Antisemitismus hat sich in der Temperatur bis heute gut gehalten ...“ Dem Künstler blieben aber auch herbe Enttäuschungen über die Entwicklung in der DDR nicht erspart. Als er 1950 eine mit der Übersiedlung nach Ostberlin verbundene Berufung in die neu gegründete Akademie der Künste als bodenständiger Münchener nach „vielen Hin- und Herüberlegungen“ nicht annahm, erschien sein Freund Robert Havemann und nahm ihn in die ideologische Mangel. Während

## Ein Bekenntnismusiker höchsten Ranges

Zum 100. Geburtstag des Komponisten Karl Amadeus Hartmann

Havemann im KZ Dachau schmachtete, widmete ihm Hartmann seine 1944 komponierte Sinfonie *Klagegesang*. Nun aber drohte, wie Hartmann zwei Tage später am 20. März 1950 noch spürbar erregt seinem Schweizer Freund Rolf Liebermann schrieb, der damals entschieden stalinistisch denkende Havemann im Verlaufe zweier langer Gespräche schließlich, nach einem Einmarsch im Westen würde Hartmann „natürlich kalt gestellt“.

Seine gleich bleibende ideologische Anschauung bewies der Künstler auch, als ihn 1960 sein Freund Paul Dessau bat, mit ihm, Boris Blacher, Rudolf Wagner-Regeny und Hans Werner Henze ein Werk gegen den in der Bundesrepublik öffentlich werdenden Antisemitismus zu schreiben. Mit dem Satz *Ghetto* schuf Hartmann das wohl ergreifendste, am tiefsten bewegende Stück dieser *Jüdischen Chronik*.

Von Kind an wuchs er mit Musik, Malerei, Literatur und Theater auf. Nach Lehrerseminar und kurzer Tätigkeit als Büroangestellter studierte er 1924/29 an der konservativ ausgerichteten Münchener Akademie für Tonkunst die Fächer Komposition, Posaune, Klavier und Dirigieren. Hartmanns schon damals gewonnene sozialistische Überzeugung drängte ihn zu neuen Ufern. Der allzeit selbstkritische Komponist erkannte aller-

dings seine frühen Werke, darunter eine Kantate nach Texten von Johannes R. Becher und Karl Marx, später nicht mehr an. Doch schon unter ihnen gibt es Gewichtiges.

Dann kam 1933: „In diesem Jahr erkannte ich, dass es notwendig sei, ein Bekenntnis abzulegen, nicht aus Verzweiflung und Angst vor jener Macht, sondern als Gegenaktion“, schrieb Hartmann 1955 in seiner „Autobiographischen Skizze“. So entstand 1934 die Sinfonische Dichtung *Miserere* als Zeugnis der Auflehnung, der Klage und Anklage.

Die Oper *Des Simplicius Simplicissimus Jugend* (1934/35), der mit den Walt-Whitman-Worten „Hier sitze ich und schaue auf alle Plagen der Welt“ beginnende Versuch eines Requiems, die Kantate *Friede Anno 48* nach Andreas Gryphius (1936/37), die von Emile Zolas gleichnamigem Künstlerroman angeregte Sinfonie *L'Oeuvre* (1937/38) und zahlreiche andere Werke sind unmissverständliche Bekenntnisse. Mit ihnen hätte Hartmann nach Kriegsende eine herausragende Uraufführungsserie anstreben können, zumal die von ihm beim Münchener Rundfunk begründete und geleitete Reihe „Musica viva“ ein günstiges Podium bot. Doch er war mit kaum einem dieser Werke zufrieden und arbeitete bis 1956 an ihren teilweise weitgehenden, ganze Sätze ausklammernden Neufassungen, ja zog einige ganz zurück. Mit Ausnahme

des Zusatzes *Versuch eine Requiems* für die erste Sinfonie verzichtete er auch auf die ursprünglichen Titel.

Der Künstler wollte, dass ein Werk „in seinem Sinngehalt“ verstanden wird. In der „Autobiographischen Skizze“ von 1955 heißt es: „Wenn meine Musik in letzter Zeit oft Bekenntnismusik genannt wurde, so sehe ich darin nur eine Bestätigung meiner Absicht.“

Als Hartmann am 5. Dezember 1963 in seiner Heimatstadt München nach Krebsoperationen viel zu früh starb, hatte er noch den Kopf voller Pläne für weitere Sinfonien und einer Oper nach Lope de Vegas Schauspiel von den aufrührerischen Bewohnern des Dorfes *Fuente Ovejuna*.

Seit Herbert Kegels denkwürdiger Aufführung der sechsten Sinfonie im Jahre 1965 (vorher war 1948 nur die Erstfassung dieses Werkes mit der Bezeichnung „erste Sinfonie“ ohne den Titel *L'Oeuvre* zu hören) ist in Leipzig mancherlei für Hartmann getan worden. Dennoch, die zweite, vierte, fünfte und siebente Sinfonie wie auch der *Simplicissimus* und *Friede Anno 48* waren in Leipzig noch nicht zu erleben. Und dass im Jahr des 100. Geburtstages weder in den Konzerten des Gewandhaus- noch des MDR-Sinfonieorchesters ein Werk von Hartmann erklingen soll, gehört auch nicht zu den Ruhmestaten.

Seit Ende Juni bis zum 12. August wartet die portugiesische Hauptstadt mit einer ungewöhnlichen Attraktion auf: Live-Musik in alten Straßenbahnen. An jedem Freitag rumpelt eine der Uraltstraßenbahnen der legendären Linie 28 mit Fado-Live-Musik vier Stunden durch die Metropole am Tejo. Die Straßenbahn 28 startet am Martim Moniz.

Von **KARL-H.-WALLOCH**

Der Schienenweg verläuft parallel zum Tejo, von Ost nach West nach Prazeres. Die Initiative zum *Fado in der Straßenbahn* kam von der Lissabonner Stadtverwaltung und dem städtischen Verkehrsbetrieb Carris. Abwechselnd tingeln etwa 60 weibliche wie männliche „Fadistas“, in ihrer Mehrzahl Amateure, durch die Clubs und Kneipen der Stadt; 30 Gitarristen wirken mit. Die Fahrkarte ist die Eintrittskarte, kostet den normalen Straßenbahntarif von 1,20 Euro. Die gelben Straßenbahnen gehören zu den beliebtesten Fotomotiven Lissabons.

Auf der 90-Zentimeter-Schmalspur-Straßenbahn gelangt der Fado, ein etwas schwermütiger Gesang, wieder dorthin, wo er eigentlich beheimatet ist und seinen Anfang nahm, in die volkstümlichen Quartiere der Stadt. Auf jeder Fahrt der „28“ kommen mehrere „Fadistas“ an die Reihe. Unbeeindruckt davon, wie die Straßenbahn bergauf und bergab rumpelt, durch enge Gassen schaukelt oder in Kurven quietscht, singen sie ihre Lieder. Dabei geht es allein um die Reize von Lissabon oder die Ärgernisse des Alltages. Teilweise sind ihre Texte frech, fast unsittlich. Rasch kommt in der Straßenbahn mit ihren 20 Sitzplätzen Stimmung auf. Die Fahrgäste singen oder

## Der Fado in Lissabon kommt jetzt auf Schienen



klatschen mit. Wegen den hochsommerlichen Temperaturen sind die Fensterscheiben heruntergelassen, so können die Passanten auf der Straße Gesang und Musik miterleben. An der Strecke der 1914 eingeweihten Linie 28 liegen einige von Lissabons bekanntesten Sehenswürdigkeiten – die Unterstadt aus dem 18. Jahrhundert, die romanische Kathedrale, der labyrinthische Stadtteil Alfama und das Chiado-Viertel.

Das portugiesische Wort *Fado* heißt in der Übersetzung *Schicksal* und entstammt dem lateinischen Wort *fatum*, das

für *göttlicher Wille* steht. Die Fado-Texte handeln von unglücklicher Liebe, sozialen Missständen, von vergangenen Zeiten, aber vor allem von der portugiesischen „saudade“, von Sehnsucht. Die Musik des Fado beinhaltet auch arabische Elemente, hat verschiedene Tonhöhen, viele Molltöne und drückt den Schmerz aus, der die Portugiesen untereinander verbindet. Die bekannteste Künstlerin des 20. Jahrhunderts war Amália Rodrigues, die auch liebevoll Königin des Fados genannt wurde.

Den Ursprung nahm der Fado in den Armenvierteln von Lissabon, wo er zunächst in den anrühenden Kneipen des Stadtteils Mouraria auftauchte. Ob er sich ursprünglich aus den Gesängen der portugiesischen Seeleute entwickelt oder aus brasilianischen Musikrichtungen wie Lundum oder Mondinha, kann bis heute wissenschaftlich nicht belegt werden. Im 19. Jahrhundert wurde Fado auch in bürgerlichen Salons hoffähig. In dieser Zeit wirkte auch die erste noch bekannte Fado-Sängerin Maria Severa. Heute ist der Fado in zwei Richtungen geteilt: in den Fado Vadio, der in den Lokalen der portugiesischen Städte spontan gesungen wird, und den Fado Professional, der sein festes Programm in Konzerten hat und von ausgebildeten Sängern vorgetragen wird.

Ein Verwandter des Fado in Lissabon und Porto ist der Fado de Coimbra. Seit dem 19. Jahrhundert wird dieser in der alten Universitätsstadt Coimbra gesungen. Es sind Balladen, die von der Stadt, dem Studentenleben und der Liebe erzählen. Einer der bekanntesten Vertreter des Coimbra Fado war der Sänger und Komponist José Afonso. Er starb mit 58 Jahren am 23. Februar 1987 in der Hafendstadt Setúbal.

José Manuel Cerqueira Afonso dos Santos, kurz José Afonso genannt, wurde am 2. August 1929 in Aveiro geboren. Auch als Zeca Afonso bekannt, gehörte er zu den bedeutendsten Sängern und Komponisten Portugals. Sein Lied „Grândola, Vila Morena“ gab am 25. April 1974 das Startsignal zur Nelkenrevolution.

In der Hafendstadt Aveiro geboren, verlebte Afonso einen Teil der Jugend auch in den damaligen portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik. Ab 1940 ist er Schüler, später dann Student in der alten Universitätsstadt Coimbra. Dort begann er früh, den traditionsreichen Fado de Coimbra zu singen, Balladen, die nur entfernt mit dem Lissabonner Fado verwandt sind.

Nach Abschluss des Studiums ist er an verschiedenen Orten Portugals als Lehrer tätig, auch vier Jahre in Mosambique. Hier erlebt er den Widerstand gegen das Kolonialregime. Zurück nach Portugal, ist er der Sänger der Opposition. Von der Geheimpolizei P.I.D.E des Salazar-Regimes überwacht, muss Afonso seine Schallplatten im Ausland aufnehmen.

In den Jahren nach der Nelkenrevolution ist José Afonso als Unterstützer der Revolution tätig. Seine Musik ist vom Fado, vom Volks- und Kunstlied und von der von ihm in Afrika erlebten Musik geprägt. Die Themen seiner Lieder sind vielfältig – vor allem handeln sie von Treue und der Solidarität der Menschen.

Mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki vor 60 Jahren haben die USA das schwerste Kriegsverbrechen begangen. Ihr Einsatz hatte keinerlei Einfluss auf das Ende des Krieges im Fernen Osten. Durch diese „Demonstration der Stärke“ wollten sich die USA die Vormachtstellung in der Welt nach dem Ende des Krieges sichern. Diese Zielstellung war auch ausschlaggebend bei der Auswahl der Zielorte. Nach General Leslie Groves, dem militärischen Leiter des „Manhattan Projekts“ sollten diese „nicht schon durch Luftangriffe beschädigt sein.

Von **HELMUT ULRICH**

Erwünscht war schließlich, als erstes Ziel einen Ort von solcher Größe zu wählen, dass die ganze Zerstörungszone sich innerhalb des Ortes befinden müsste und wir daher die Gewalt der Bombe genauer bestimmen könnten.“ Der damalige USA-Präsident Harry S. Truman wies am 22. Juli 1945 während der Potsdamer Konferenz – mit Zustimmung Churchills – den ersten Einsatz von Atombomben gegen Japan an. Damit ignorierte er sowohl die Warnungen von Wissenschaftlern, die an der Entwicklung der Bomben beteiligt waren, als auch General Eisenhower, der damals der USA-Delegation in Potsdam angehörte. Am 6. August 1945, 8.15 Uhr, erfolgte daraufhin der Abwurf einer Uran-Bombe mit einer Sprengkraft von 13 kt TNT-Äquivalent auf Hiroshima. Dabei wurden 66 000 Menschen sofort getötet und 69 000 verletzt. Nur drei Tage später, am 9. August wurde eine Plutonium-Bombe mit einer Sprengkraft von 20 kt TNT-Äquivalent gegen Nagasaki eingesetzt, wobei 39 000 Menschen sofort getötet und 25 000 verletzt wurden. Der Einsatz zweier unterschiedlicher Bombensysteme unterstreicht die menschenverachtende Absicht, hier einen Großversuch mit diesem neuen Waffensystem durchzuführen.

Die Einwohner der beiden japanischen Städte wurden ganz bewusst als „Versuchstiere“ benutzt, an denen sowohl die unmittelbaren als auch die Langzeitwirkungen dieser neuen Waffe untersucht werden sollten. Die von der Besatzungsmacht USA ins Leben gerufene Kommission für Atombombenopfer diente in erster Linie nur diesem Ziel, bot sich doch hier die einzigartige Möglichkeit, die bis dahin weitgehend unbekanntem Wirkungen hoher Strahlungsdosen auf



## ... und immer noch sterben Opfer

den menschlichen Organismus zu untersuchen und das langsame Sterben der Opfer über Jahrzehnte zu verfolgen – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des „regulären“ Einsatzes von Kernwaffen. Später wurden dazu auch eigene Soldaten geopfert (s. Bild).

Mit Beginn der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts setzte das atomare Wettrüsten ein, in dessen Verlauf immer gigantischere Bomben getestet wurden. Einen makabren Höhepunkt setzten dabei die USA am 1. März 1954 mit dem Test einer 15 Megatonnen Wasserstoffbombe auf dem Bikini-Atoll. Dieser „Rekord“ wurde von der Sowjetunion am 30. Oktober 1961 mit dem Test einer 58 Megatonnen Wasserstoffbombe auf dem Testgelände Nowaja Semlja noch übertroffen. Insgesamt wurden von 1945–1998 weltweit 2050 Kernwaffentests durchgeführt, davon 528 oberirdisch. Bei den restlichen unterirdisch durchgeführten kann jedoch keinesfalls ausgeschlossen werden, dass radioaktive Partikel in die Atmosphäre gelangten. Aus der unten eingefügten Grafik ist die zeitliche Verteilung der Tests über den gesamten Zeitraum ersichtlich. Die gesamte Sprengkraft der bis 1998 ausgelösten Kernexplosionen beträgt 510 Megatonnen, davon 428 Megatonnen oberirdisch.

Diese Tests haben zu einer weltweiten Strahlenbelastung geführt, wodurch die Gesundheit der Menschen auch noch in Zukunft beeinträchtigt wird. In einer IPPNW-Studie wird die Zahl tödlicher Krebsfälle durch oberirdische Kernwaffentests bis zum Jahr 2000 weltweit auf 430 000 geschätzt; andere Quellen geben etwa 3 Millionen an.

Die Entwicklung führte jedoch nicht nur zu immer gewaltigeren Sprengköpfen, sondern auch zu Artilleriegranaten, Minen und tragbaren Gefechtsfeldwaffen mit Kernsprengköpfen bis herunter zu einer Sprengkraft von 10 Tonnen TNT-Äquivalent. Der neueste Entwicklungstrend sind „Mini Nukes“ (kleine Kernwaffen) mit hoher Durchschlagskraft, die tief ins Erdreich eindringen und unterirdische Bunker zerstören können.

Nach dem Potsdamer Abkommen war Deutschland der Besitz von Kernwaffen verboten. Im März 1955, drei Monate vor der Gründung der Bundeswehr, brachten die US-Streitkräfte ihre ersten Atombomben in die BRD, denen wenig später weitere atomare Sprengköpfe folgten. Zu Beginn des Jahres 1960 lagerten in der BRD bereits zehn unterschiedliche Typen von Kernwaffen, was naturgemäß die Begehrlichkeit bundesdeutscher Militärs weckte. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr von der Existenz dieser Waffen auf deutschem Boden erst im März 1957, als der

### Zum Anti-Kriegstag am Sonnabend, 6. August, 12–15 Uhr

Anti-Atom-Mahnwache,  
Nikolaikirchhof, mit Informationen  
zum Anti-Kriegstag und  
zufriedenspolitischen  
Wahlforderungen.

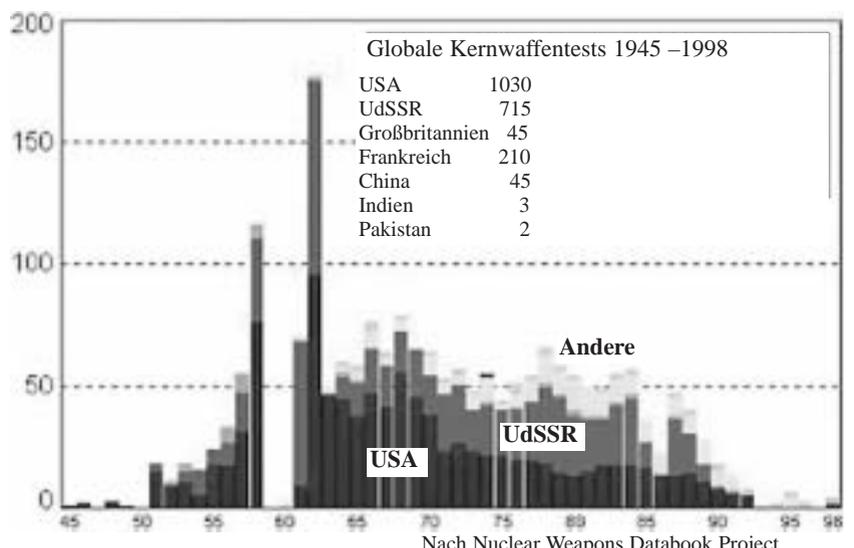
Veranstalter: Friedenszentrum Leipzig und  
weitere Friedensgruppen, LISA-Frauen,  
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit

NATO-Oberbefehlshaber General Norstadt ankündigte, dass die atomaren Waffen der USA im Kriegsfall auch den Verbündeten, z. B. der Bundeswehr, übergeben würden. Danach verkündete Bundeskanzler Adenauer, dass die Bundeswehr mit geeigneten Trägersystemen ausgerüstet werde.

Gegenwärtig befinden sich auf deutschem Boden noch 150 Atombomben des Typs B-61, 130 in Ramstein und 20 in Büchel, die im Kriegsfall mit Flugzeugen der Bundeswehr eingesetzt werden. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. *Dort heißt es im Artikel II unter anderem: Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen ... oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem ... anzunehmen, Kernwaffen ... weder herzustellen noch ... zu erwerben und keine Unterstützung ... anzunehmen.*



Die Teilnehmer der Militärübung „Desert Rock“ beobachteten am 1. November 1951 aus 10 km Entfernung ungeschützt die Detonation einer Atombombe mit einer Sprengkraft von 25 kt TNT – von ihnen hat keiner überlebt.



Ganz im Zeichen des Abschieds von Herbert Blomstedt als Gewandhauskapellmeister stand die zu Ende gegangene Saison des 262 Jahre alten Klangkörpers. Mit seiner Ernennung zum Ehrendirigenten betonte das Orchester seinen Wunsch nach weiterer, nun gastweiser Zusammenarbeit. In der neuen Saison wird es mit Aufführungen des „Fidelio“ im Opernhaus geschehen.

Im Rückblick auf die sieben Leipziger Jahre des schwedischen Dirigenten bleiben der Beethoven-Zyklus sowie die Interpretation der Sinfonien von Brahms, Bruckner, Mahler und Sibelius in lebendiger Erinnerung. Mit dem über diese sieben Jahre angelegten Zyklus der sechs Sinfonien und der Konzerte des dänischen Meisters Carl Nielsen erwarb sich Blomstedt besondere Verdienste und bewies Niensens Ebenbürtigkeit mit seinen deutschen, österreichischen, französischen Zeitgenossen. Nachdrücklich setzte sich Blomstedt aber auch für mehrere Werke Paul Hindemiths, für Karl Amadeus Hartmanns mahnende Gesangsszene nach Texten aus *Sodom und Gomorra* von Jean Giraudoux und Hans Werner Henzes bekenntnishafter neunter Sinfonie nach Motiven aus Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“ ein. Mit seiner auch bei stark besetzten Werken von Mahler und Strauss auf Klarheit, Durchhörbarkeit und Präzision gerichteten Dirigierweise erschloss Blomstedt den Gewandhausbesuchern mancherlei bisher kaum gehörte Feinheiten, zuweilen allerdings auf Kosten des emotionalen Ausdrucks. Für aus Altersgründen ausgeschiedene verdienstvolle Gewandhausmitglieder engagierte er junge Musiker mit großem Können und führte sie in den Klangcharakter des Orchesters ein. So kann

## Abschied Herbert Blomstedts als Gewandhauschef

**und Einstand Riccardo Chaillys als Nachfolger  
Vorletzte Saison mit Fabio Luisi im Funk beginnt**

sein im September antretender Nachfolger Riccardo Chailly ein auf hohem internationalen Niveau stehendes Orchester übernehmen.

Der italienische Maestro ist sich der Gewandhaus-Tradition bewusst. Zu ihr gehört der Einsatz für Neues. Das demonstriert Chailly sogleich im Eröffnungskonzert, indem er zwischen zwei Werken Mendelssohns eine Uraufführung von Wolfsgnag Rihm ankündigt. Eine weitere Uraufführung bringt eine neue Werk des Leipzigers Bernd Franke. Als Neuheit werden zwei Entdeckerkonzerte veranstaltet, das erste mit der Klaviersonate von Alban Berg und einer orchestralen Fassung, das zweite mit *Ancara* von Edgar Varèse. Neu ist auch, dass Chailly im Gewandhaus jene Bach-Passion aufführen wird, die nicht von den Thomanern geboten wird. Insgesamt bringen die 24 Anrechts- und weitere Sonderkonzerte ein vielfältiges Programm. Dass darin Mozart um seinen 250. Geburtstag am 27. Januar 2006 reichlich vertreten ist, versteht sich. Zu den Gastdirigenten gehören erstmals der diesjährige Bayreuth-Debütant Eiji Que und nach langer Pause Claus Peter Flor.

Während im Gewandhaus der Nachfolger Herbert Blomstedts schon vor zwei Jahren fest stand, ist beim Rundfunk nur klar, dass Fabio Luisi in zwei Jahren Chef der Dresdener Staatsoper wird und schon in Wien eine Chefposition besitzt. Über seinen Nachfolger in Leip-

zig wird noch gerätselt. Von den insgesamt 24 Anrechtskonzerten der drei Achter-Reihen wird Luisi acht dirigieren, so eine konzertante Aufführung der *Salome* von Strauss, die konzertante Uraufführung der Oper *Der Tod und das Mädchen* von Alfons Karl Zwicker nach dem gleichnamigen Theaterstück von Areiel Dorfman, die Uraufführung des Requiems von Jean-Luc Darbellay, Mendelssohns *Elias* und die achte Sinfonie von Schostakowitsch.

Vier Anrechtskonzerte leitet Howard Arman, der Chefdirigent des Rundfunkchores. Auf ihren Programmen stehen die Weihnachtskantate von Arthur Honegger, das Schrottenbach-Requiem von Michael Haydn und Schumanns Oratorium „Das Paradies und die Peri“. Für die Geburtstagsgala von und mit Armin Müller-Stahl wurde Kurt Masur als Dirigent gewonnen. Neben Hans Werner Henze und Aribert Reimann sind auch jüngere Gegenwartskomponisten im Jahresprogramm vertreten. Insgesamt besitzen diese 24 Konzerte Vielfalt. Doch wie beim Gewandhaus fehlt auch beim Funk ein Werk des vor 100 Jahren am 2. August in München geborenen großen deutschen Sinfonikers Karl Amadeus Hartmann. Wie wäre es, wenn der Funk einmal dessen in Leipzig immer noch unbekannt Antikriegsoper „Simplicissimus“ konzertant aufführt?

• WERNER WOLF

## Hörspiele unter Platanen



Auf der Wiese haben wir gelegen, und wir haben was ... g e h ö r t ! So lässt sich eine bekannte Zeile Veronika Fischers, leicht abgeändert, zur Beschreibung eines kulturellen Picknick-Feelings nutzen. Am letzten Wochenende beim nunmehr dritten Leipziger Hörspielsommer klopfen zum Glück nicht mehr die Regentropfen auf die Boxen. Die vor Jahren in Leipzig geborene wunderbare Idee fand dieses Jahr erstmals auch Nachahmer im Magdeburger Rothehorn-Park. Beide Vorhaben dankenswerterweise auch unterstützt durch den MDR und die Hörspielabteilung von FIGARO. Mit *Kind und Kegel*, *Hund und Woldecke* verfolgten die Ohrenzeugen auch am letzten Wochenende im Richard-Wagner-Hain u. a. eine Geburtstagfete von *Krümel Monster* und zu späterer Stunde ein Kreuzverhör in Sachen *Oscar Wilde* und sensible Bekenntnisse der *Brigitte Reimann*.

Empfehlenswert für eventuelle Verpasser die preiswerte Doppel-CD des Verlages Voland und Quist, denn die garantiert zu Haus oder andersorts Hörzeiten bis in den Herbst und Winter. Man wünscht den Organisatoren Mut und Kraft zum Weitermachen, das Beibehalten des kostenlosen Eintrittspreises und 2006 besseres Wetter. • M. Z.

Es ist in den heutigen Zeiten nicht einfach, ein kleines Theater zu führen, dazu gehören neben jeder Menge Mut zum Risiko auch Ausdauer und Raffinesse. Eine Aufgabe für eine Frau: Ev Schreiber, langjährige Intendantin vom Theater Fact in der Leipziger Hainstraße, hat schon viele bürokratische und finanzielle Klippen umschiffen. Doch die Gegenströmung wird stärker. „Manchmal steht einem das Wasser über der Nase“, so Ev Schreiber. Ihre *Kleine Komödie* hat einen Jahresumsatz von etwa 250 000 Euro, davon kommen ca. 6500 Euro aus der Kasse des städtischen Kulturamtes. Der „Rest“ muss erwirtschaftet werden. Das Theater lebt und atmet durch seine Zuschauer, die nicht nur – dank vernünftiger Inszenierungen reichlich – Eintritts-

## Von Klippen und Weibern

karten kaufen, sondern auch gerne spenden. Ab und zu greift ein Sponsor aus der Wirtschaft den Theaterschaffenden unter die Arme.

Wie können die Leipziger helfen? Ev Schreiber weiß prompt Antwort: „Wer Theater liebt, geht hin.“ Und wer noch irgendwo Kopierpapier hortet, Hefter und anderes Büromaterial, wird gebeten, dies beim Theater Fact abzugeben. Dies entlastet ein wenig.

Die beste Gelegenheit, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, ist ein Besuch bei Mrs. Page und Mrs. Ford, die sich einen Spaß daraus machen, den lie-

bestollen, tapsigen Falstaff zu necken. William Shakespeares *Die lustigen Weiber von Windsor* eignen sich für laue Sommertheaternächte. Regisseurin Schreiber lässt in Webers Hof Plüschherzen aufziehen und spielt vergnügt mit menschlicher Doppelbödigkeit. Sabine Kaminski als Mrs. Page und Simone Ott als Mrs. Ford geben innige Freundinnen, die es der Männlichkeit mal richtig zeigen wollen. Ein kugelig, egomanischer Falstaff, gespielt von Stefan Senf, hat es nicht leicht mit der geballten femininen Macht. Dagegen können die Ehemänner, Uwe Kraus als Mr. Page und Daniel Dubilier als Mr. Ford, wenig ausrichten. Alles unter Aufsicht von Frau Hurtig, ebenfalls Daniel Dubilier: wunderbar schrullig und skurril. • D. M.

Kürzlich schlugen sich kurz vor Mitternacht die Leute auf die Schenkel. Von der Kabarett-Bühne verkündete ein Lästertmaul: „Ach der Oskar Lafontaine, das ist doch diese Mischung zwischen Rosa Luxemburg und Radio Luxemburg.“ Obwohl es schon recht spät war, machte auch mich dieser Vergleich putzmunter. Allerdings begriffen die Lacher auf dem Bildschirm in ihrer bierseligen

Von **MICHAEL ZOCK**

Stimmung gar nicht mehr die doppelte Brechung des Kabarettisten, sondern brüllten einfach los. Ich fand das Ganze auch recht pfißig. Klugheit und Popularität wurden mit einem noch nicht abgedudelten Wortspiel gebündelt. Man kann sich

## FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

## Oskar, Rosa und Horst

ja seinen eigenen historischen Reim drauf machen.

Nur: Die Bemerkung stammte aus keinem aktuellem Programm, sondern war eine erneut ausgestrahlte und schon recht angejahrte Reprise aus „Ottis Schlachthof“. Nicht uninteressant, wie Lafontaine offenbar seit Jahren – das Beispiel beweist es erneut – für Buh und Bravo sorgt.

Ganz gleich, welches halbwegs ernstzunehmende Fernsehprogramm man derzeit anschaut, der Oskar ist schon da. Und über ihn oder mit ihm wird geredet. Zwei (Hartmann von der Tann und Gaby Bauer) saßen jetzt

buchstäblich auf dem Trocknen, als sie in der ARD die sprudelnde Politfontäne wenigstens etwas kleiner drehen wollten. Es gelang beiden trotz oder gerade wegen ihrer vorbereiteten Zettelerei nicht. Der Zuschauer hat allerdings bemerkt, dass diese Viertelstunde verschenkte Sendezeit war.

Oskar und Rosa – so gar nicht zum Lachen war da ein wirrer Internet-Aufruf aus der Hannoverischen Ecke, „beim nächsten Besuch das Messer besser zu nutzen“. Also 2005 nicht die Leiche im Landwehrkanal, sondern die in der Leine? Nach die-

ser extremen, kriminellen Entgleisung ist man fast geneigt, dem derzeitigen *Cicero*-Chefredakteur Weimer seine Gedankenlosigkeit zu vergeben, wenn er in der „Münchner Runde“ des Bayerischen Fernsehens „diese PDS-Parteistrategen für Bautzen und den Stacheldraht“ verantwortlich macht. Genau: Lothar Bisky, ehemaliger Rektor der Filmhochschule, Jugendforscher in Leipzig, Sarah Wagenknecht, Gesine Löttsch, oder auch „Wessi“ Bodo Ramelow – einfach alle sind und bleiben ewig daran schuld. Und keiner der Journalisten und Politikwissenschaftler widersprach an diesem Abend. Da war ja das CSU-Urgestein Peter Gauweiler direkt mutig, als er in dieser Fernsehunde seine Männerfreundschaft mit Oskar zumindest nicht abstritt.

Und dann kam endlich Horst ...

und wir hatten an jenem Donnerstag 20.15 für wenige Minuten wieder ein einheitliches Fernsehprogramm. Selbst RTL und Sat 1 schoben die geplanten Spielfilme nach hinten. Steif und leidenschaftslos mit festem Kamerablick trug unser aller Präsident jene wenigen Sätze vor, die nun die bundesdeutsche Welt verändern sollen.

Der Oskar war übrigens wieder eher da, allerdings nur im Bayerischen Fernsehen, da dachte man gar nicht daran, um 20.15 das Programm wegen Horst zu ändern. Dafür rechneten die Redakteure dem Zuschauer genauestens vor, was dieser Saarländer in den letzten Monaten für Honorare erhalten hat. Wer glaubt eigentlich – Zuschauer oder Wähler –, dass Oskar arm dran ist? Wann werden im Fernsehen die Kontostände von Frau Angela veröffentlicht?

## Dokumentierte Universitätsgeschichte

Mehr als 200 Fotos und Dokumente vermitteln einen vielfältigen Einblick in die Geschichte der Leipziger Universität von ihrer Gründung 1409 bis zur weitgehenden Zerstörung ihrer Gebäude durch Luftangriffe im Jahre 1943. Die älteste Abbildung ist das Schwurblatt aus der Matrikel von 1409. Niemand konnte ohne geschworenen Eid in die Matrikel eingetragen werden. Akademiker und Angehöriger einer Universität blieb man im Mittelalter sein Leben lang – eine Exmatrikulation nach dem Studium gab es noch nicht. Die Wahl der Dekane erfolgte auf Lebenszeit, die des Rektors für ein halbes Jahr, später für ein Jahr. Erster Rektor der Alma Mater Lipsiensis war Johann Otto von Münsterberg, der bereits 1416 verstarb. Gegliedert ist das kurzweilige



Festumzug zur 500-Jahr-Feier 1909

Heft in *Gründungsmythen und Geschichte, Professoren und Gelehrte, Studentenleben und Innenansichten, schwere und schöne Zeiten* sowie *Universität und Stadt*. Die Autoren ver-schweigen keineswegs die bar-

barischen Auswirkungen der Naziherrschaft auf die Universität, in der sie viele ihrer besten Köpfe verlor. Ebenso wird auf den Widerstand und die Solidarität mit den Verfolgten verwiesen. Dennoch ist für die Ver-

fasser nicht das Jahr 1933, in dem der Machtantritt der faschistischen Barbaren erfolgte und das Unheil seinen Lauf nahm, sondern das Jahr 1943, als die Universität in den Bombennächten schwer getroffen wurde, das „Schicksalsjahr der Universität. Da dieses Jahr zugleich den Abschluss der Darstellung bildet, bleibt der geistig-kulturelle Ruin der Universität am Ende der Naziherrschaft unerwähnt.

Diese Kritik an der von den Autoren gewählten Zäsur entwertet jedoch keineswegs den detaillierten Einblick in 534 Jahre Leipziger Universitätsgeschichte. • **KURT SCHNEIDER**

*Jens Blecher/Gerald Wiemers: Die Universität Leipzig 1409–1943. Sutton Verlag, Erfurt 2004. 127 Seiten, 17,90 Euro*

Selten hat mich ein Buch so in seinen Bann gezogen wie das von Peter Spacek. Ich lernte den jungen Absolventen der Fakultät für Journalistik der Leipziger Universität 1952 in der Redaktion der „Täglichen Rundschau“ kennen. Nach der Auflösung der „Täglichen Rundschau“ im Juli 1955 wurden wir in andere Redaktionen verstreut. Der Leipziger wurde zum Rundfunk in der Berliner Nalepastraße geschickt. Gelegentlich trafen wir uns auf Pressekonferenzen oder öffentlichen Veranstaltungen wieder oder ich hörte Peters Stimme im Rundfunk – eines Tages sogar aus Mocambique. Die Redaktion hatte ihn 1965, nach einem mehrjährigen Gastaufenthalt beim irakischen Rundfunk in Bagdad, als ständigen Korrespondenten nach Daressalam geschickt. Diese fünf Jahre seines Aufenthaltes in Tansania und seiner gelegentlichen Be-

## Ein Journalist der Leipziger Schule in Mocambique

suche in Staaten Ostafrikas prägen den Kern seines Buches mit dem eigenartigen Titel.

Peter Spacek kümmerte sich u. a. auch um die politische Arbeit der afrikanischen Befreiungsbewegungen, die meist ihren Hauptsitz in Daressalam hatten. So kam es, dass er sich eines Tages zu einem mehrwöchigen Trip mit FRELIMO-Kämpfern nach Mocambique aufmachte. Sein Truppführer war damals Joaquim Chissano, der ihn drei Wochen zu Fuß quer durch den afrikanischen Busch zu Stützpunkten der mocambikanischen Befreiungsbewegung führte. Äußerst spannend schildert Spacek diese „Safari“ ins be-

nachbarte Land. Hier „studierte“ er das Leben der Befreiungskämpfer, teilte mit ihnen die kalten Nächte in den Hütten aus Knüppelholz und Ästen und deren karge Verpflegung. Er bewunderte die Disziplin der Buschkrieger, die meistens barfuß liefen. Chissano ließ ihn wissen, dass es der FRELIMO an Munitionsnachschub für sowjetische Waffen mangelt. Wieder in Daressalam, informierte Spacek sowjetische Diplomaten von dieser dringenden „Botschaft“. Er solle sich noch einmal alles durchdenken. „Ob ich mir absolut sicher sei, dass ich wirklich in Mocambique war?“ (S. 104).

Viele Seiten des Buches befassen sich mit Reisen des Autors mit führenden Persönlichkeiten quer durch Afrika (E. Honecker, W. Lamberg), nach dem Iran, Chile, Peru, Afghanistan und schließlich nach China. Nachdenklich wird der Leser, wenn er Spaceks Kommentare zur Informationspolitik des abgewickelten Staates DDR liest. Eine kurzweilige Lektüre, die einen hochinteressanten Einblick in ein Stück Geschichte des DDR-Journalismus aus berufener Feder gibt.

Übrigens: Joaquim Chissano ist heute Präsident Mocambiques.

• **FRANZ-KARL HITZE**

*Peter Spacek: „War ich wirklich in Mocambique?“ – Als DDR-Korrespondent auf vier Kontinenten. Verlag edition weisse, Berlin 2005. Brosch., illustriert, 178 Seiten, Preis 11,80 Euro*

## Geschichte einer zeitweise rebellischen Bewegung

Die Jusos – offiziell: Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD – sind die Jugendorganisation der Partei. Automatisch gehören ihr alle Parteimitglieder unter 35 Jahren an. Erst seit 1994 kann man hier auch Mitglied sein, ohne der SPD anzugehören. Anfang 2005 betrug der Mitgliederbestand 48 700, das sind acht Prozent der SPD-Mitglieder. Hinzu kommen 20 000 Jusos, die nicht Mitglieder der SPD sind. 1975 gab es noch 300 000 Jungsozialisten.

Das Buch reflektiert die wechselvolle Geschichte der Jusos und ihrer Vorläuferorganisationen vor dem Ersten Weltkrieg (seit 1904), verfolgt ihre Entwicklung und ihr Verhältnis zur SPD in der Weimarer Republik bis zur Auflösung der Jugendorganisation durch die Parteifüh-

rung noch vor der Machtübernahme der Nazis. Es beleuchtet dann, ebenfalls stets faktenreich und anschaulich, ihren Weg in der Bundesrepublik, der zwischen gemäßigttem Aufbegehren und Anpassung an den seit Bad Godesberg zunehmend nach rechts driftenden Kurs der SPD verläuft. Schließlich versucht es, die Befindlichkeit der Jusos am Anfang des 21. Jahrhunderts zu erfassen.

Schon solche Kapitelüberschriften wie „An der kurzen Leine“, „Im Wartestand“, „Wende“ (gemeint ist die 1968er Bewegung), „Links“ und „Der Abstieg“ charakterisieren das zu meist schwierige Verhältnis zur Gesamtpartei, eine Unstetigkeit mit manchen linksorientierten Aus- und Aufbrüchen – auch einer vorübergehenden Hinwendung zum Marxismus in

den 70er Jahren – und zeitweise begleitet von heftigen Flügelkämpfen innerhalb der Jugendorganisation. Am Ende aber steht immer die Anpassung an die Politik der Gesamtpartei. Auch heute – dahin vor allem ging die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten – sind die Jungsozialisten weit davon entfernt, den verhängnisvollen Kurs der SPD bremsen oder grundlegend korrigieren zu wollen. Unterordnung hat längst über ein gelegentlich spürbares Rebellentum gesiegt.

Am Schluss spricht der Autor seine mit dem Buch verfolgte Absicht aus, die Jungsozialisten bei der Stange zu halten, indem er bilanziert: „Kritische Solidarität innerhalb der Gesellschaft wie zur eignen Partei haben die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

seit 100 Jahren geprägt. Das war nicht immer bequem für die SPD, doch am Ende haben beide Seiten gewonnen.“ Oder verloren, muss man wohl angesichts des fortwährenden Einfluss- und Imageverlustes der SPD sagen. Ungeachtet dessen enthält das Buch eine Vielzahl historischer Fakten, die im Kontext mit der Entwicklung Deutschlands und der Bundesrepublik sowie der SPD-Geschichte eigene Wertungen ermöglichen.

Interessant ist auch, den Weg heutiger SPD-Spitzenpolitiker als Funktionäre der Jusos zu verfolgen. • **GÜNTER LIPPOLD**

*Martin Oberpriller: Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004. 390 Seiten, 24 Euro*

## ANNOTIERT

**Sachsen-Anhalt. Geschichte und Geschichten, Heft 3.** Hrsg. von Mathias Tullner. Anderbeck-Verlag 2005. 128 S., 5,90 Euro

Im Mittelpunkt stehen die Ereignisse am Kriegsende: die letzten Kämpfe (Armee Wenk), die Besetzung und der Neubeginn an der Mittelbe und der unteren Saale. Hierzu werden umfangreiche Quellen ausgewertet, wodurch neue detaillierte Einsichten gewonnen werden konnten. Während die Beiträge von Daniel Bohse zum Neubeginn im Regierungsbezirk Merseburg und von Alexander Sperk zu Köthen auch die Zeitspanne der Besetzung durch die Rote Armee behandeln, endet der von Matthias J. Mauerer zu Halle mit dem Abzug der amerikanischen Armee.

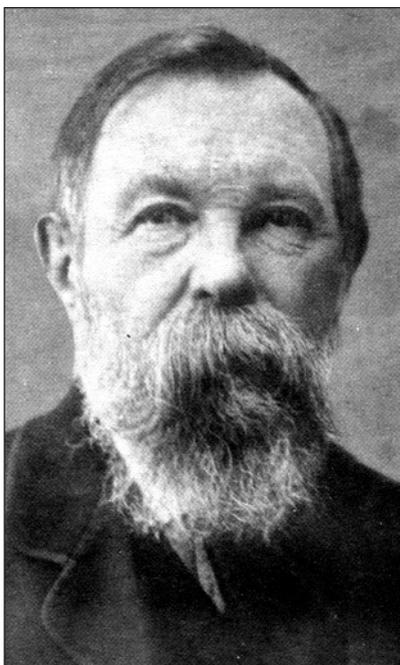
Die Todesmärsche der KZ-Häftlinge, charakterisiert als faschistische Todesmarschverbrechen, auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt behandelt Denise Wessenberg. Informationen zur Mahn- und Gedenkstätte „Isenschibber Feldscheune“ in Gardelegen und zur Amerikaauswanderung aus Angern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schließen das Heft ab.

**Geh mir aus der Sonne! Die Weisheiten des Diogenes.** Hrsg. von Hans Schöpf. Mit einer Einführung von Gerhard Fink. Artemis & Winkler Verlag, Düsseldorf/Zürich 2005. 80 S., 9,90 Euro

Das gut gestaltete kleine Buch versammelt die Anekdoten und Aphorismen des wohl berühmtesten Querdenkers der Antike. Eine kleine Kostprobe: „Es erstaunt mich, dass man eine Schüssel oder einen Topf, ehe man sie erwirbt, sorgfältig abklopft, sich aber bei einem Menschen damit begnügt, ihn anzusehen.“

**Hitlers Ende ohne Mythos.** Jelena Rshewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin. Hrsg. von Stefan Doernberg. Verlag Neues Leben, Berlin 2005. 128 S., 12 Euro

Die Autorin gehörte als Dolmetscherin jenem Truppenteil der Roten Armee an, dem die Suche nach Hitler übertragen war – tot oder lebendig. Sie schildert den Kampf um die Reichskanzlei und die Suche nach Hitler im Unterschied zu mancher Publikation authentisch und unverfälscht. Sie weist nach, was einige immer noch bezweifeln, dass Hitler ausschließlich durch Gift starb. Stefan Doernberg, der für General Tschuikow die Kapitulationsverhandlungen der Berliner Garnison dolmetschte, ergänzt in seinem Vorwort ihre Erinnerungen. Er schreibt: „Neuen Mythen, auch den scheinbar harmlosesten, muss der Boden entzogen werden. Schon deshalb, damit niemand falsche Schlüsse aus dem Zweiten Weltkrieg zieht. Und sei es auch nur zur Revision des Geschichtsbildes. Das gehört zu den gefährlichen Anfängen, gegen die wir uns wehren müssen.“ • **K. SCH.**



# Das Erbe von Friedrich Engels nutzen

Zu seinem 110. Todestag am 5. August

Vor 110 Jahren, am 5. August 1895, starb in London Friedrich Engels. Er hinterließ ein theoretisches und politisches Erbe, das ihn in die Reihe der Großen der Menschheit erhebt und noch heute einen Schatz darstellt, der zu nutzen ist.

Da ist zuerst seine kongeniale Zusammenarbeit mit Karl Marx zu würdigen. Seit Engels und Marx im September 1944 das erste Mal in Paris zusammentrafen, konnten sie eine Übereinstimmung der Anschauungen und theoretischen Erkenntnisse feststellen, die von da an eine arbeitsteilige schöpferische Zusammenarbeit ermöglichte und zu einer lebenslangen Freundschaft führte. Anfang der 40er Jahre hatte Engels seinen Militärdienst in Berlin absolviert, Vorlesungen in Philosophie an der Universität gehört und eine kaufmännische Ausbildung in Manchester abgeschlossen. Er hatte begonnen, sich mit dem philosophischen Materialismus zu beschäftigen, die Chartistenbewegung kennengelernt. Der Marxismus ist ohne die Erfahrungen

und Arbeiten von Friedrich Engels unvollständig. Das beginnt mit der gemeinsamen Autorschaft für „Die heilige Familie“, „Die Deutsche Ideologie“, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, der genialen Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, und endet mit der Arbeit von Friedrich Engels an den Bänden 2 und 3 des „Kapital“, deren Fertigstellung und Herausgabe ihm zu verdanken ist. Zu den Arbeiten, die zum theoretischen Fundament der revolutionären Arbeiterbewegung wurden, gehören u. a. „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ und „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“.

Friedrich Engels nahm auch am praktisch-politischen Kampf bei der Organisation der revolutionären Bewegung teil. Während der Revolution von 1848/49 beteiligte er sich an der Entwicklung der revolutionären Taktik in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und nahm 1849 an den bewaffneten Kämpfen in Baden/Pfalz zur Durchsetzung der Reichsverfassung teil, die von der Reaktion blutig

niedergeschlagen wurden. Engels emigrierte nach England, arbeitete an der Reorganisation des Bundes der Kommunisten mit und zog Lehren aus der Revolution 1848/49 in seiner Arbeit „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, einem Text, dessen Aktualität unter den heutigen Bedingungen ins Auge springt.

Friedrich Engels hat einen entscheidenden Anteil an der Organisierung der internationalen Arbeiterbewegung und besonders der revolutionären deutschen Sozialdemokratie. Zu diesem verdienstvollen Wirken gehört sein Beitrag zur Entstehung der I. Internationale 1864, in der er Mitglied des Generalrats wurde. Er unterstützte, wie Marx, 1871 die hel-

denhaften Pariser Kommunisten und wurde eine Art Mentor für die deutsche sozialdemokratische Bewegung.

Er half, die Einflüsse Lassalles und dessen opportunistische Ideen zurückzudrängen (Kritik am Gothaer Programm der Sozialdemokratie) sowie in der 1889 gegründeten II. Internationale und im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie (1891) marxistische Prinzipien fest zu verankern.

Die Sozialdemokratie hatte nicht nur Bismarcks Sozialistenverfolgung überstanden, sondern sie entwickelte sich zum revolutionären Beispiel für die internationale Arbeiterbewegung. Bis zu seinem Tode unterstützte Friedrich Engels mit Rat und Tat August Bebel und Wilhelm Liebknecht, aber auch Arbeiterführer vieler anderer Länder erhielten seinen Rat. Welches Ansehen er genoss, zeigte sich auch in der Würdigung durch W. I. Lenin in dessen Arbeit „Friedrich Engels“, die in der Nr. 1 und 2 1896 des „Rabotnik“ erschien. Für Lenin war Friedrich Engels nach Karl Marx „der bedeutendste Gelehrte und Lehrer des Proletariats in der ganzen zivilisierten Welt“. Darin liegt auch eine Verpflichtung und das Vermächtnis für die „Erben“ von Marx und Engels. Es gilt Goethes Rat: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN



Oben: Friedrich Engels 1893

Rechts: Mit Clara Zetkin, Julie und August Bebel, Regina und Eduard Bernstein u. a. 1893 in Zürich

Terminal (Endstation) lautete das Codewort für die letzte der drei Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, die in der Zeit vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam stattfand. Das hier geschlossene Abkommen war das letzte gemeinsame Dokument der führenden Staaten der Anti-Hitler-Koalition.

Man kann es drehen und wenden, wie man will – am 8. Mai 1945 war das Deutsche Reich mit den Unterschriften in Reims und Berlin-Karlshorst untergegangen. In Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Nachkriegsentwicklung in Europa im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen trafen die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA die bekannten Potsdamer Vereinbarungen mit diesen Inhalten:

- Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann,
- Besetzung und Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands gemäß der früher getroffenen Vereinbarung über die Besetzungszonen und Sektoren in Berlin,
- politische Grundsätze zur Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands,
- Beseitigung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft in Gestalt der Monopole, Behandlung Deutschlands als

## Terminal 2. August 1945

Ergebnis des Treffens der „Großen Drei“: das Potsdamer Abkommen

wirtschaftliche Einheit und Leistung von Reparationen an die Sowjetunion (und Polen), Großbritannien, Frankreich und die USA,

- neue Grenzfestlegungen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze – wenn auch mit der Anmerkung, dass endgültig darüber beim Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu entscheiden sei.

Diese Deutschland betreffenden Vereinbarungen hatten völkerrechtlichen Charakter, vergleichbar mit den zur UNO-Gründung getroffenen internationalen Abkommen.

Von bundesdeutschen Autoren wurde und wird häufig bestritten, dass es sich beim Potsdamer Abkommen um Vereinbarungen völkerrechtlichen Charakters handelte. Es seien nur Absichtserklärungen gewesen, wobei sich die Vertreter der USA und Großbritanniens dem Druck der damals mächtigen Sowjetunion gebeugt hätten. Wenn zutreffend davon gesprochen wird, dass das Potsdamer Abkommen keine Ratifizierung durch die Signatarmächte erfuhr, so ist zumindest

auf dreierlei zu verweisen: 1. Eine derartige Ratifizierung war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen. 2. Das Potsdamer Abkommen stellte das wichtigste völkerrechtliche Dokument über Deutschland dar. Es ist nicht gekündigt und es ist auch kein anderes abgeschlossen worden. 3. Die im Potsdamer Abkommen festgelegte Verantwortlichkeit der vier Mächte gegenüber Deutschland fand erst 1990 ihr Ende mit dem Zwei-plus-vier-Abkommen.

Wie gingen die beiden deutschen Staaten mit dem Potsdamer Abkommen um?

Die DDR betrachtete das Potsdamer Abkommen stets als das grundlegende völkerrechtliche Dokument der Nachkriegszeit. Bereits 1950 wurden die Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze und die Grenze mit der Tschechoslowakei vertraglich anerkannt – bei allem Verständnis für die schweren Folgen für jene Deutschen, die dadurch ihre Heimat verloren. In der DDR wurde jeglichem Revanchismus ebenso entgegengetreten wie den Illusionen über die Möglichkeit, die alte Heimat zurückge-

winnen zu können. Oberste Staatsräson war das Gebot, dafür zu sorgen, dass niemals wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Darin besteht auch für das heutige Deutschland das allererste moralische Gebot von Potsdam.

In der BRD wurde das Potsdamer Abkommen nicht als verbindliches Dokument völkerrechtlichen Charakters gewertet, von den Grenzen von 1937 ausgegangen und von daher über die „Vertreibung der Deutschen“, das „Menschenrecht auf Heimat“, von „Rache der sowjetischen Sieger über die besiegten Deutschen“ schwadroniert. Mit der „neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt wurden erste Schritte zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen beschritten – man denke an den Kniefall Willy Brandts in Warschau. Die volle Anerkennung der laut Potsdamer Abkommen festgelegten deutschen Staatsgrenzen durch die Bundesregierung erfolgte erst im Zusammenhang mit den Zwei-plus-vier-Gesprächen im Sommer 1990. Es hätte sonst keine Zustimmung der vier Mächte zur staatlichen deutschen Wiedervereinigung gegeben.

Es ist zutiefst unredlich, wenn heute noch Landsmannschaften und Vertriebenenverbände Forderungen an jene Nachbarländer stellen, die die ersten Opfer des Überfalls des Naziimperialismus waren.

• WINFRIED STEFFEN



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Ein Monat lang bewegte das Spektakel viele Gemüter. Die Fernsehanstalten sparten Geld, weil die stundenlangen Übertragungen billiger kamen, als Spielfilme oder honoraraufwendige Talkshows. Und die Fernsehreporter erlebten einmal mehr, dass an ihnen nicht gespart wird: Die Teams von ARD und ZDF hatten jeden zweiten Tag arbeitsfrei!

Die Geschichte des Lance Armstrong ist so oft erörtert worden, dass ich Langeweile verbreiten würde, wenn ich noch einmal bei Null beginne. Ob er sympathisch wirkt oder nicht, ist gleichgültig – er ist und bleibt weiterhin der einsame Star in der Geschichte dieses Etappenrennens. Exzellent vorbereitet und

von Helfern eskortiert, die sich bis zum letzten Schweißtropfen für ihn schinden, war er immer im Bilde, und zu bestaunen war höchstens das Geplapper der Reporter, die ständig bei ihm nach „Schwachstellen“ suchten und mehr als einmal – einem Orgasmus nahe – glaubten, eine gefunden zu haben.

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere Leser daran, dass ich selbst früher mal Renndirecteur bei der Friedensfahrt war. Im Gegensatz zu allen heutzutage verbreiteten Legenden pflegte die Friedensfahrt durchaus freundschaftliche Beziehungen zur Tour. Der unvergessene Tour-Chef Jacques Goddet war mehr als einmal bei der Friedensfahrt zu Gast und machte kein Hehl daraus, wie sehr ihm manche unserer Organisations-Ideen imponierten.

Das kam mir während der Tour-Tage in den Sinn, als ich mich mit dem „Fall Voigt“ befasste. Jens Voigt stammt aus Grevesmühlen, lebt heute in Berlin und zählt zu denen, die Jahr für Jahr als „Wasserholer“ ihr Geld verdienen. Dieses Jahr war er vom erfolgreichen dänischen Rennstall CSC angeheuert worden – und zwar vor allem, um den Star dieses Teams, den Italiener Ivan Basso, zu unterstützen. Er tat, was ihm geheißsen wurde, bettelte aber seinen Teamchef Bjarne Riis immer wieder, ob er nicht auch mal „allein“ fahren dürfe, womit gemeint war, seine eigene Chance wahrzunehmen. Riis zauderte lange – schließlich ging es darum, dass Basso ständig Helfer in seiner Nähe wissen sollte –, aber eines Sonntagmorgens – man

schrub den 9. Juli – sagte er: „Ok!“ Am Abend gratulierte sich Riis zu seinem Großmut, denn Voigt trug das Gelbe Trikot und alle Welt wusste, dass nun ein CSC-Fahrer Spitzenreiter war.

Jens war verständlicherweise überglücklich, zumal seine Eltern am Ziel in Mulhouse zu den ersten Gratulanten gehörten. „Ich werde das Trikot garantiert einen Tag lang verteidigen“, strahlte er grinsend und niemand konnte ihm widersprechen, denn der nächste Tag war – ein Ruhetag. Der Mecklenburger Spaßvogel gehört zu den profiliertesten Persönlichkeiten der Branche. Er engagiert sich in der Gewerkschaft der Rennfahrer und offenbarte einmal, nach seinen Zukunftsplänen befragt: „Ein Lese-Café betreiben. Das wäre der Himmel: Den ganzen Tag Kaffee

trinken und lesen.“

Auf dem Weg nach Digne-les-Bains endete das Jens-Voigt-Glück. Eine schwere Erkältung trieb sein Fieber auf 40 Grad. Bei der Friedensfahrt hätten ihn die Rennärzte ins nächste Krankenhausbett gesteckt, bei der Tour gab man ihm Antibiotika-Pillen. Er kämpfte wie ein Löwe, um die Karenzzeit

nicht zu überschreiten, die es bei allen Etappenfahrten gibt. Der Zeit des Etappensiegers werden 15 oder 20 Prozent hinzugefügt, und wer diese Zeit überschreitet, muss das Rennen verlassen. Jens war genau im Bilde und erreichte das Ziel 41 Sekunden nach dem Ablauf der Karenzzeit. Viele glaubten, dass ihn die Jury weiterfahren lassen würde, zumal er sich auf eine Sonderregelung berufen konnte: Wenn sich während einer Etappe die Wetterverhältnisse zu Ungunsten der hinterher Fahrenenden verschlechtern, muss die Jury die Karenzzeit verlängern. An jenem Tag hatte es zu regnen begonnen, als das Hauptfeld schon vorüber war.

Also?

Nichts also!

Rennfahrerkollegen forderten am nächsten Tag von der Jury, ihn weiterfahren zu lassen, das französische Fernsehen gab sogar die Parole aus: „Grace pour Voigt!“ (Gnade für Voigt!), aber die Jury – das sind die Herren, die man unterwegs im Fernsehen winkend aus den Autos blicken sah – blieb gnadenlos bei ihrer Entscheidung und zwang ihn, seinen Koffer zu packen.

Ich erinnerte mich, wie oft ich als Mitglied der Jury d'Appell (Berufungsjury) der Friedensfahrt mit solchen Bitten konfrontiert worden war und wie oft wir solchen Anträgen stattgaben. Und deshalb: Wenn Sie mich fragen sollten, was die Friedensfahrt von der Tour de France unterschied, antworte ich Ihnen: Die Friedensfahrt hatte keine Pyrenäengipfel, dafür aber einen höheren Grad an Menschlichkeit ...

## Sportkolumne

# Au revoir, Tour de France

# Hoch ist nur das Haus, nicht die Miete.

**Gute Aussicht für alle neuen Mieter!  
Dazu ungewöhnliche Grundrisse und  
Extras wie Concierge-Service, High-Speed-Internet  
und Telefonieren über Kabelanschluss.**

**Unsere 3-Raum-Musterwohnung wartet!**

**Gisela Becker auch:**

**Wintergartenstraße 2**

**Di. und Do. 13:00 - 18:00 Uhr**

**sowie nach Vereinbarung**

**Tel.: 0341 - 9 60 33 26**

**Funk: 0171 - 7 60 09 07**



*Zu Hause in Leipzig.*



## Wenn zwei das Gleiche tun

Der MDR hat jetzt endlich die Personalie Mohren gelöst. In Unschuld wusch der Sportchef des Senders seine Hände schon lange nicht mehr. Dass er dabei auch gegen die internen MDR-Regeln zu parteipolitischer Abstinenz verstieß, war offenbar nicht so tragisch. Er hatte ja nicht für die PDS kandidieren wollen, sondern sich bloß in den Dresdner Oberbürgermeisterwahlkampf im Jahre 2001 mit Annoncen für den damaligen CDU-Amtsleiter eingeschaltet. Selbst eine dafür fällige Abmahnung blieb aus.

JULIA KERN, E-MAIL

## „Was ist sozial?“

Was herauskommt, wenn über 80 eigenwillige Karikaturisten das Thema „Was ist sozial“ ins grelle Licht der Öffentlichkeit rücken, das war mehrere Wochen im Oberlichtsaal der Leipziger Stadtbibliothek zu betrachten. Der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die die Exposition verantwortete, ist es wichtig, dass die Existenzberechtigung der sozialen Sicherungssysteme nicht in Frage gestellt wird. Sozial ist, was dem Gemeinwohl nützt, was echte Hilfe für Schwache bietet – dem wissen sich auch die Grafiker und Karikaturisten verpflichtet. Schade, dass es nicht mehr Öffentlichkeit, nicht mehr Laufpublikum geben konnte.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

Heute äußern sich Menschen zur antifaschistischen Erziehung in der DDR, die sie weder geleistet haben, noch sich Mühe geben, diese Arbeit im Nachhinein kennenzulernen.

Meine erste Pionierfreundschaft beispielsweise war nach „Fritz Böhnisch“, benannt, einem Plauer Antifaschisten. Meine Erweiterte Oberschule in Auerbach im Vogtland trug den Namen „Geschwister Scholle und lag in der Goerdelerstraße (ein Mann des 20. Juli und somit angeblich in der DDR totgeschwiegen).

Auch in der NVA war die Traditionspflege ein wichtiger Bestandteil für die Erziehung der Armeeinghörigen. Das begann schon mit der Benennung von Kasernen und Truppteilen. Im

Das Volk hat die Nase voll. Es hat erkannt dass es nur darum geht, wie das Kapital seine Gewinne erhöhen kann, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger mit ihren Kindern leben an der Armutsgrenze, das Vertrauen in die CDU, CSU, FDP und die SPD wurde verspielt. Am stärksten hat es die SPD getroffen, sie hat durch ihren Sozialabbau und die Nichteinhaltung ihrer Wahlversprechen, das Vertrauen ihrer Wähler verloren. Nun glauben die CDU, CSU und die FDP, durch die Umfragen beflügelt, die Macht zu erringen. Doch da kommen die Arbeiter aus dem

Über das von J. Nagel mit M. Nagler, Mitglied des Landesvorstandes der WASG Sachsen, geführte Interview habe ich mich gefreut, zumal es um die anzustrebende verstärkte Politisierung von Jugendlichen geht. Wenn ich aber als Antwort auf die Frage nach der Ursache des Beitritts des 29-jährigen Studenten zur WASG lese, dass „zwei Drittel Rentner im Bundestag“ sitzen und man sich daher

## Wer heute alles besser weiß ...

Bereich der Erfurter Division, der mir vor allem bekannt ist, wurden so Willi Bredel, John Schehr, Bernhard Bästlein, Hermann Danz und viele andere geehrt. Die Namensverleihung war stets ein großes Ereignis, das in Anwesenheit von Familienangehörigen, Arbeiterveteranen und Partei- und Staatsfunktionären stattfand.

Die Traditionszimmer machten die Armeeinghörigen mit dem Leben und dem Kampf der Namensgeber, also mit den von den Nazis Ermordeten oder zu

Tode Gequälten vertraut. Führungen durch das Traditionszimmer, vor allem für die Neuen, gehörten fest zur Grundausbildung. Ebenso wie beispielsweise die Sonntagsgespräche mit Arbeiterveteranen oder Exkursionen zu den Gedenkstätten des Widerstandes und der Arbeiterbewegung. Im ehemaligen KZ Buchenwald musste jeder Soldat gewesen sein. Antifaschistische Erziehung mit Verstand und Herz war ein unverzichtbarer Ausbildungsbestandteil.

HORST LOOS, ERFURT

## Den Sozialismus überwinden? Für wen?

Regen in die Traufe! Sie werden den überschuldeten Haushalt sanieren, in dem sie den Rest der sozialen Leistungen erbarmslos streichen, die Tarifverträge zerschlagen, die Gewerkschaften mundtot machen, den Kündigungsschutz wegnehmen ... All das werden sie in der bevorstehenden Wahl damit begründen, die Arbeitslosen in Arbeit und Brot zu bekommen, in Wirklichkeit geht es ihnen um die Sicherung der Gewinne und der Macht des internationalen

Kapitals. Wie sagte doch der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter: „Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können.“ Wer diese Wir sind, liegt auf der Hand: das internationale Kapital!

Wähler mit dem klaren Durchblick werden die linke Wählergemeinschaft wählen.

WILLI KOCH, LUDWIGSHAFEN

## Die Alten sind doch nicht die Gegner!

„keine Illusionen zu machen“ braucht, dass es „bei einer solche Konstellation ... keine zukunftsweisenden Innovationen oder Reformen geben“ wird, halte ich eine solche Deu-

tung der politischen Machtverhältnisse im Bundestag für eine absolute Fehlleistung. Denn nicht Jung und Alt, sondern Kapital und Arbeit sind der sozialpolitische Gegensatz. Die sozial-ökonomisch fundierte Politik von Parteien, die die Interessen des Bank- und Industriekapitals vertreten, ist die Ursache für die von M. Nagler kritisierten Zustände.

KURT WEIGEL, LEIPZIG

## Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

DER BAYERISCHE INNENMINISTER bleibt hart. Letzte Warnung an Türken mit doppelter Staatsangehörigkeit: Wer nach einer letzten Frist noch mit Doppelpass erwischt wird, muss mit drakonischen Strafen rechnen – bis hin zur Ausweisung. Hintergrund: Mehrere zehntausend in Deutschland eingebürgerte Türken haben sich den türkischen Pass wiedergeholt. Nach geltendem Recht verlieren sie damit jedoch automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie sind also, meist ohne das zu ahnen, illegal im Land und müssen somit neue Aufenthaltserlaubnisse beantragen. Die türkische Regierung verweigert indes mit dem Hinweis auf den Datenschutz die Herausgabe der Namenslisten mit den wieder eingebürgerten Türken. Beckstein kritisiert das – ebenso wie der Bundesinnenminister – scharf: Befreundete Staaten dürfe man nicht „betrügen und hintergehen“. Er erwarte, dass die Türkei die Listen in den kommenden Monaten herausgeben wird

– schließlich wolle die Türkei ja Mitglied der EU werden ...

ES HÄTTE ALLES SO SCHÖN SEIN KÖNNEN: Eine gemeinsame „WM-Task-Force“ des bayerischen Kultus- und Wirtschaftsministeriums sollte zahlreiche Projekte für ein Rahmenprogramm vor der WM im Sommer 2006 organisieren. Getreu dem Motto „Klotzen, nicht kleckern“ war ein großes Fußball-Musical geplant. Ein Fußball-Kongress mit dem vollmundigen Titel „Visions of Football“ sollte ebenso auf die WM einstimmen wie ein Großkonzert dreier Münchner Orchester im Olympiastadion. Das Fußball-Musical wurde inzwischen abgesagt, für den rund zwei Millionen Euro teuren Fußball-Kongress meldeten sich bislang nur 240 statt der erwarteten 1200 zahlenden Gäste an, und ob das rund 2,5 Millionen Euro teure Großkonzert tatsächlich stattfindet, ist ebenso ungewiss. Schon seit Monaten mehren

## Letzte Warnung an die Türken ... Bayerns WM-Chaos ... Pisa und die CDU

sich die Anzeichen dafür, dass die Beamten der „Task-Force“ die Organisation nicht im Griff haben. Bereits seit langem war bekannt, dass die Sponsorengelder nicht genügend fließen und dass die gesamte Kalkulation auf Sand gebaut ist, wie nicht zuletzt auch der unrealistische Ticketpreis von 1250 Euro für die Teilnahme am Fußballkongress belegt. Unvermögen, gepaart mit Größenwahn treibt die Planer und Organisatoren von einer Peinlichkeit zur nächsten. Bayern erwartet ein Millionenschaden. Der Rechnungshof ermittelt. Chef der „WM-Task-Force“ war bis vor kurzem übrigens der Büroleiter und enge Vertraute von Ex-Ministerin Monika Hohlmeier – die vor einigen Wochen wegen dubiosen Finanzgebarens selbst zurück getreten war.

GERÄT ANGIES KANZLERKANDIDATUR nun doch noch ins Wanken? Gerüchte besagen, dass sich der Bayerische Ministerpräsident nach dem übertra-

PDS-Wohnungspolitiker fordern Schluss mit dem Ausverkauf öffentlicher Wohnungen und Versorgungsbetriebe

## Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt!

Mit Unverständnis und Ablehnung reagierten die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnen der PDS auf ihrer Beratung am 16. Juli auf den vom Dresdner Stadtrat mit Stimmen aus der PDS-Fraktion vorgesehenen Verkauf der Wohnungsgesellschaft Woba. Sie rufen die Mitglieder der Dresdner PDS-Stadtratsfraktion auf, diesen Verkauf, wie in Halle, abzulehnen.

Mitglieder der AG Wohnen werden einen Ergänzungsantrag für das Bundestagswahlprogramm einbringen, der den bisherigen, seit Jahren in der PDS vertretenen, Konsens bekräftigt: „Schluss mit dem Ausverkauf kommunaler Wohnungs- und Versorgungsunternehmen“.

Diese Position, wie auch die Forderung nach sicheren, bezahlbaren und dem Bedarf entsprechenden Wohnungen als Grundrecht ist auch in der gemeinsamen Zuarbeit zum Bundestagswahlprogramm der wohnungspolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktionen und den Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnen enthalten. Zu den wichtigsten Gesellschafteraufträgen zahlreicher kommunaler Wohnungsunternehmen gehört die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit preiswerten Wohnungen. Das schließt die Bereitstellung von Wohnungen für sozial schwache Haushalte ein, die sich auf dem Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen können, darunter zahlreiche ALG II-Empfänger.

schend guten Abschnitten Bayerns im Pisa-Test wieder heimliche Hoffnungen auf das Amt des Bundeskanzlers macht: Männliche Intelligenz schlägt weiblichen Charme. Dabei gibt das schwache Abschneiden von Merkels Heimat Mecklenburg-Vorpommern insbesondere in der Disziplin Lesen/Textverständnis eigentlich keinen Anlass zur Sorge. Schließlich ist für das Lesen und Verstehen der politischen Programme der konservativen Parteien ein einfacher Wortschatz völlig ausreichend. CDU-Angies „Vorfahrt für Arbeit“ und „Sozial ist, was Arbeit schafft“ heißt im Klartext: Angestellten nehmen, Unternehmern geben; Arbeitern nehmen, Vorständen geben; Familien nehmen, Ferrari-Fahrern geben; Armen nehmen, Reichen geben ... und alle haben Spaß dabei.

Schöne Grüße aus München

Ihr Matze

# 60. Gedenktage HIROSHIMA Anti-Atom-Mahnwache

zum Anti-Kriegstag am Sonnabend, 6. August, 12–15 Uhr

Nikolaikirchhof, mit Informationen zum Anti-Kriegstag und zu friedenspolitischen Wahlforderungen.

Veranstalter: Friedenszentrum Leipzig und weitere Friedensgruppen, LISA-Frauen, Leipziger Komitee für Gerechtigkeit.

**Lesung** im Rahmen der bundesweiten Aktion: ... *die Nacht der 100.00 Kerzen* am 5./6. August 2005 zum 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945

## Weg mit den Kernwaffen in der BRD und weltweit

Freitag, 5. August, 22 – 0.15 Uhr, am Brunnen des Nikolaikirchhofes.

Christel Hartinger liest das

### Manifest von W. Borchert: Sag Nein!

(geschrieben unter dem Eindruck Hiroshimas)

## Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruherstraße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

## Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

### VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 3. August, 18 Uhr, Leipzig

*In der Globalisierungsfalle – politische Alternativen zum Neoliberalismus.* Podiumsdiskussion mit Dr. Volker Külow, MdL, Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes Leipzig, und Enrico Stange, WASG  
Gewerkschaftshaus, Gartensaal, Karl-Liebknecht-Straße 30/32

Die Veranstaltung ist für jedermann offen



## Hallo Historiker und andere Interessierte

Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung“ (BZG) ab Jahrgang 1964 bis Jahrgang 2000 kostenlos abzugeben – aber eine Spende für den linken Wahlkampf wird gern entgegen genommen.  
Helga Weißflog,  
Tel. 0341-9606981

## Frauenkultur e. V. Leipzig, Windscheidstr. 51

3. 8., 16–18 Uhr: Peking + 10 – 10 Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. *Aufwind oder freier Fall: Das Menschenrecht auf Bildung – auch für Frauen?!*

### Beratung der AG Senioren:

4. 8., 9 Uhr, Liebknecht Haus, Braustr. 15, *Stadtentwicklung und Rechtsextremismus* mit Stadträtin Dr. Adelaide Grütznier

## Neue Sonderausstellung im Naturkundemuseum Tiere im alten Ägypten

Tiere spielten im täglichen Leben der alten Ägypter wie auch in ihren geistigen Vorstellungen bis hin zu allegorischen Götterabbildern eine herausgehobene Rolle. Am bekanntesten sind wohl Horus mit dem Falkenkopf, Hathor mit dem Stiergehörn und Thot als Ibis. In hohem Maße finden sich Tier-symbole auch in den Hieroglyphen.

Die in der vorigen Woche eröffnete Sonderschau im Naturkundemuseum zeigt interessante Stücke, die geeignet sind, auf spezielle Weise einen Zugang zu den Ägyptern des Altertums zu schaffen. Außer den im Titel der Schau genannten Tieren – Ibis, Igel, Ichneumon – spielen Schlangen, Löwen und

Affen eine besondere Rolle. Die Ausstellung ist das Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Ägyptischen Museum der Leipziger Universität, die aus ihrem Fundus attraktive Stücke bereitstellte. Aber auch andere Sammlungen steuerten Exponate bei. Aus dem Naturkundemuseum selbst stammen eine Reihe Tierpräparate.

Die Exposition im Erdgeschoss findet eine interessante Ergänzung in der dritten Etage mit einer Präsentation von Tierabbildungen aus dem Monumentalwerk „Denkmäler aus Ägypten und Äthiopien“ (1849/59) des Begründers der modernen Ägyptologie, Richard Lepsius. Die Ausstellung wird bis zum 6. November gezeigt. • G. L.

## Vorsicht:

### Telefonische Befragung von Arbeitslosengeld -II- Empfängern

In diesen Tagen werden viele Bezieher von "Arbeitslosengeld II" angerufen und anhand einheitlicher Fragen um Auskünfte zu ihrer persönlichen Situation als Arbeitssuchende gebeten. Die Anrufe erfolgen im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. Sie dienen der Aktualisierung der vorhandenen Daten für die Arbeitsvermittlung.

Da Trittbrettfahrer nicht ausgeschlossen sind, empfiehlt der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Leipziger Land,

Peter Krüger, die Seriosität des Anrufers auf einfache Weise zu prüfen. "Fragen Sie nach ihrer Kundennummer", rät Krüger, "sofern der Anrufer diese richtig nennt, sind sie sicher, dass es mit dem Telefonat seine Richtigkeit hat. Denn unsere Mitarbeiter sehen den Datensatz des Arbeitslosengeld -II- Empfängers vor sich im Computer und können damit präzise antworten."

www.arbeitsagentur.de  
<http://www.arbeitsagentur.de

## Die Linke.PDS

Kontakt zum Direktkandidaten Volker Külow:  
waehlkuelow@gmx.de



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

## SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860  
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima  
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

## Bestellschein

### LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

### RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra ausfüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis:  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Reinhard Lochner

## Spürsinn

Als der hohe Würdenträger aus dem Amt geschieden war, wurde eine unabhängige Auswahlkommission eingesetzt, um den besten Kandidaten für seine Nachfolge zu finden. Im Laufe der nächsten Tage stellten sich Dutzende von Bewerbern mit den ausgezeichnetsten Referenzen vor, doch die unabhängige Auswahlkommission hatte an jedem von ihnen etwas auszusetzen.

Die Kommissionsmitglieder waren schon am Verzweifeln, da trat ein unscheinbares Männlein an und behauptete frohgemut, der Richtige zu sein. „Das werden wir gewiss herausfinden“, sagte der Vorsitzende der unabhängigen Auswahlkommission. „Für heute ist es leider zu spät, Ihre hervorragenden Qualitäten unter die Lupe zu nehmen. Aber morgen wollen wir Sie mit Vergnügen examinieren, wenn's Ihnen recht ist.“

„Selbstverständlich, danke vielmals, mein Herr“, erwiderte das Männlein und verbeugte sich. Der Kandidat wurde in einem vornehmen Hotel einquartiert. Im Bett hatte die unabhängige Auswahlkommission ein paar Geldscheine versteckt. Am nächsten Tag fragte der Vorsitzende das Männlein, wie es

geschlafen habe. „Oh, danke, meine Herren, sehr gut. Als ich mich ins Bett gelegt hatte, spürte ich unter dem Laken etwas Hartes, und wissen Sie, was ich dort gefunden habe? Meinen Schlüssel! Ich habe keine Ahnung, wie er dahin gekommen ist. Nach diesem Zwischenfall habe ich die ganze Nacht herrlich geschlafen.“

Auf Antrag des Vorsitzenden zog sich die unabhängige Auswahlkommission zu einer kurzen Beratung zurück. Der Vorsitzende ergriff das Wort und sprach: „Meine Herren, wozu die Dinge unnötig in die Länge ziehen? Wir haben ihn gefunden! Unser Mann hat ein feines Gespür für die wichtigen Dinge des Lebens. Er kann lügen, ohne rot zu werden. Und er ist eine so lächerliche Erscheinung, dass ihn keiner ernst nehmen kann.“ Und so beförderte die unabhängige Auswahlkommission mit dem Gespür für die richtigen Personalentscheidungen das Männlein mit dem Gespür für die wichtigen Dinge des Lebens in sein hohes Amt. Und das Volk mit dem Gespür für die richtigen wichtigen Leute, von denen es regiert werden möchte, ließ sie gewähren.

## Macht 60 Euro

Herr M. sah sie schon kommen. In der Linie 11. Flucht war nicht mehr möglich. Die kamen von zwei Seiten. Herr M. machte auf cool und kramte vorsorglich seinen Personalausweis aus der Tasche, um es kurz zu machen. „Da, bitte, ich habe keinen Fahrschein“, erklärte er. Diskussion zwecklos, das wusste er ja. Herr M. staunte, wie die beiden Kontrolleure bei all dem Gerumpel der Straßenbahn in aller Ruhe und mit sicherer Hand den Schultschein ausfüllten. Irgendeinen Erklärungsversuch verkiff er sich. Dabei war er nur unterwegs zur Arbeitsagentur. Wegen Geld, das er nämlich

nicht hatte, um sich wie ein anständiger Bürger eine Fahrkarte zu kaufen.

Da, eine junge Frau. Die zeterte. Sie hatte auch keinen Fahrschein. Sie jammerte, stammelte, schrie irgendwelche Ausflüchte. Alle Fahrgäste guckten hin, Herr M., vom Instinkt getrieben, auch. Und er dachte: „Mensch, Mädchen, lass das doch sein, hast doch keine Chance.“ Die Frau blamierte sich in Grund und Boden; manche Fahrgäste feixten gehässig. Über Mobilfunk war die Polizei an die nächste Haltestelle beordert. Die

nahm die junge Frau in Empfang, Oh Gott, liebe Arbeitsagentur, vergattert Herr M. bitte nie in ABM als Straßenbahnschaffner; es wäre ein Minusgeschäft für die LVB.

### Geschichten von Herrn M.

aufgeschrieben von Ekkehard Fritz

## Wanderungen durch Neufünfland

Wenn wir bislang durch die märkischen Wälder zogen, hatten wir oft die Masten auf dem Funckerberg als optische Orientierungsmittel genutzt und zuweilen auch das Museum zu ihren Füßen besucht, das einen unübertroffenen Einblick in die Geschichte des deutschen Rundfunks bietet. Nun haben wir Wetten abgeschlossen: Was wird daraus? Am 3. August 2005, mittags 13 Uhr sollen die Museumsräume „besenrein“ übergeben werden! So der Vermieter, eine Firma Sireo, die sich bei näherem Hinsehen als eine „Tochter“ der Telekom erweist. Museum und Sireo hatten lange über eine neue Miete verhandelt, aber es kam nichts dabei heraus und so deutet alles darauf hin, dass die Geschichte des Museums unwiderruflich zu Ende geht. Vor 85 Jahren war aus dem Gebäude am Funckerberg das erste Konzert im Rundfunk original übertragen worden, nun wird es „besenrein“ abgeschlossen. Warum? Weil es sich nicht „rechnet“ und in dieser Gesellschaft bekanntlich alles danach entschieden wird, ob es sich rechnet oder nicht. Also werden wir in Zu-

kunft wohl nur noch die Türme sehen. Weil gerade von der Gesellschaft die Rede war, in der wir jetzt leben dürfen: Unübertroffen ist der Trend zu Kauf und Verkauf! Und geschützt werden alle Geschäfte durch die Recht verkündenden Gerichte. Als wir neulich durch den Harz und Blankenburg bummelten, kamen wir auch am alten Domänenhof vorüber. Der war vor einiger Zeit verkauft worden und nun hat der Bundesgerichtshof – man bedenke: Deutschlands höchste Instanz – entschieden, dass die Käufer ihn wieder an Blankenburg rückverkaufen müssen. Recht so! Denn: Bei dem Kaufhandel hatten die Käufer jede Menge Investitionen versprochen und die Stadt im Gegenzug zugesagt, den Taubenturm aus eigenen Mitteln zu sanieren. Das tat sie denn auch, aber der Käufer steckte nicht einen Cent in die Domäne und so musste der Bundesgerichtshof in Aktion treten. Also: Die Domäne muss an Blankenburg zurückverkauft werden! Und dann? Muss die Stadt einen neuen Käufer suchen. Wir wanderten weiter, schlossen aber zu-

vor Wetten ab, ob sie je einen finden wird. Ich bin ziemlich sicher, dass ich nicht verlieren werde ... Nicht weit entfernt gerieten wir in einen Streit und machten uns schnell aus dem Staub. In Osterode und Umgebung hat man Regenwasserkanäle erneuert und da der Himmel garantiert die Kosten nicht übernimmt, sollen die Bürger künftig für die Ableitung des Regens bezahlen. Die Tarife schienen allerdings noch nicht geklärt: Muss auch gezahlt werden, wenn es gar nicht regnet? Erhöht sich die Summe bei Wolkenbrüchen? Siehe oben: Es muss sich rechnen! Zum Beispiel wie in Havelberg. Da wurde stolz festgestellt: „So gut waren die Ortschaften noch nie in Schuss!“ Wie es dazu kam? 165 Frauen und Männer sorgen für die Ordnung, pflegen Grünflächen, Wanderwege und den Havelstrand. Was ich fast vergaß: Die 165 Rührigen sind sogenannte Ein-Euro-Kräfte, arbeiten also für einen Euro die Stunde. Der Sammelbegriff lautet: Aufschwung Ost!

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Durch verschiedene Steuertricks spart IKEA in der BRD jährlich 25 Millionen Euro Steuern. Das Unternehmen hat im Laufe der Zeit seine steuerliche Belastung auf 15 Prozent gesenkt. ARD 30. 6.

Der Bau des Internationalen Congress Centrums ICC in Berlin (West), ein Prestigebau aus der Zeit des Kalten Krieges, hat damals eine Milliarde DM gekostet. Es war nie richtig ausgelastet. Jetzt müssen vom Land Berlin jährlich 14 Millionen Euro zum Erhalt aufgebracht werden. Eine Sanierung würde so viel wie der damalige Neubau kosten. Jetzt soll es verkauft werden, aber keiner will es haben.

Für die 6 000 ISAF-Soldaten und für die Angehörigen vieler Hilfsorganisationen in Afghanistan wird die gesamte Verpflegung, bis zu jeder Flasche Mineralwasser, mit russischen Antonow-Transportflugzeugen eingeflogen. Jede Nation in der ISAF-Truppe bekommt ihre eigene Verpflegung. Für die Bundeswehr gibt es z.B. 40 verschiedene Wurstsorten. Alles, was die UN gegenwärtig

in Kabul machen, ist, sich eigene Büro-, Wohn-, Sanitäts- und Restaurantgebäude zu errichten und einen hochmodernen Wagenpark einzuführen.

Eine englische Journalistin  
Alles 3sat 3.7.

Weimar ... Die Stadt hat sowieso keine Werbung nötig. Mehr als 3000 westdeutsche Alte sind in den letzten Jahren hierher gezogen. ND 5. 7.

Die Mibrag (Mitteldeutsche Braunkohle AG) lässt bei Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern Probebohrungen niederbringen. Dort wird ein Braunkohlenflöz von ca. 5 Milliarden Tonnen Kohle vermutet. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Kohle wurde das Flöz zu DDR-Zeiten nicht abgebaut. Die Mibrag ist offensichtlich an der Braunkohlenasche interessiert. DLF 5. 7.

Nach Ghana werden europäische Tomaten exportiert. Jetzt essen die Menschen dort Tomaten aus der Büchse und die einheimischen Tomatenbauern sind Pleite gegangen. DLF 6. 7.

• Gefunden von MANFRED ERBE

Als Wähler steht man immer vor dem Dilemma, ob man diese oder jene Partei nicht wählen soll.

• REINHARD LOCHNER

## Rechnen muss es sich!



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt  
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Juli

Die nächste Ausgabe erscheint am 12. August

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40